

Stockhausen, Maximilian; Calderón, Mariano

Research Report

IW-Verteilungsreport 2020: Stabile Verhältnisse trotz gewachsener gesellschaftlicher Herausforderungen

IW-Report, No. 8/2020

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Stockhausen, Maximilian; Calderón, Mariano (2020) : IW-Verteilungsreport 2020: Stabile Verhältnisse trotz gewachsener gesellschaftlicher Herausforderungen, IW-Report, No. 8/2020, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/214920>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



IW-Report 8/2020

IW-Verteilungsreport 2020

Stabile Verhältnisse trotz gewachsener gesellschaftlicher Herausforderungen
Maximilian Stockhausen / Mariano Calderón

Köln, 08.03.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Eine Gesellschaft im Wandel	6
2 Markteinkommen der Haushalte	7
2.1 Entwicklung des Durchschnitts und Medians	7
2.2 Entwicklung der Ungleichheit in den Markteinkommen der Haushalte	10
3 Verfügbare Haushaltseinkommen	12
3.1 Entwicklung des Durchschnitts und Medians	12
3.2 Entwicklung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen	15
3.3 Niedrigeinkommen	22
4 Nettovermögen	26
4.1 Entwicklung des Durchschnitts und Medians	26
4.2 Entwicklung der Ungleichheit der Nettovermögen	27
5 Schwerpunktthema: Einkommensmobilität im Lebensverlauf	29
Abstract	35
Tabellenverzeichnis	37
Abbildungsverzeichnis	38
Literaturverzeichnis	39

JEL-Klassifikation:

D31 – Personal Income, Wealth, and Their Distributions

I32 – Measurement and Analysis of Poverty

J6 – Mobility, Unemployment, Vacancies, and Immigrant Workers

Zusammenfassung

Wie sind die Einkommen und Vermögen in Deutschland verteilt? Auf diese so scheinbar einfache Frage gibt es oft keine einfache Antwort, manchmal nicht einmal eine eindeutige. Verschiedene gesellschaftliche Veränderungen wie die alternde Bevölkerung, die Tendenz zum Alleinleben oder der steigende Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wirken im Zusammenspiel mit ökonomischen Veränderungen im Zuge einer tiefergehenden Globalisierung und Digitalisierung ganz unterschiedlich auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Hinzukommen Daten- und Erfassungsschwierigkeiten sowie statistische Unsicherheiten, die sich daraus ergeben, dass nur ein Teil der Bevölkerung befragt wird. Entwicklungen am aktuellen Rand sollten dabei mit Vorsicht behandelt und nicht überstürzt interpretiert werden, müssen Daten doch regelmäßig korrigiert und Sachverhalte neu eingeschätzt werden. Mit größerer Sicherheit lassen sich langfristige Trends feststellen. Allerdings stellen hierbei Zeitreihenbrüche in den verfügbaren Datenquellen teils ebenfalls Probleme dar. Angesichts dieser Herausforderungen und Einschränkungen wird im vorliegenden Report die Entwicklung von Einkommen und Vermögen in Deutschland seit der Wiedervereinigung diskutiert. Darüber hinaus wird mit den jüngsten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) betrachtet, wie sich die relative Einkommensmobilität im Lebensverlauf, das heißt die finanziellen Aufstiegschancen einzelner Personen aus unterschiedlichen Einkommensgruppen seit der Wende verändert haben.

Grundsätzlich zeigt sich, dass das heutige Niveau der Ungleichheit in den Markteinkommen und in den verfügbaren Haushaltseinkommen gegenüber den 1990er Jahre höher liegt, aber auch das allgemeine Wohlstandsniveau. So stiegen die durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen den Jahren 1991 und 2017 real um rund 20 Prozent. Insbesondere die Jahre seit 2013 sind durch hohe reale Einkommenssteigerungen für alle Einkommensgruppen gekennzeichnet. Allein zwischen den Jahren 2013 und 2017 stiegen die durchschnittlichen und mittleren realen Haushaltseinkommen um respektive rund 7 und 9 Prozent, aber auch die unteren 20 Prozent konnten in dieser Periode reale Einkommenszuwächse verbuchen.

Eine wesentliche Erhöhung des Ungleichheitsniveaus ist für die verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen den Jahren 1999 und 2005 zu beobachten, in einer Periode, die von hoher Arbeitslosigkeit und geringer werdenden Aufstiegschancen, insbesondere im Osten Deutschlands, geprägt war. Seit dem Jahr 2005 schwankt die Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen jedoch auf einem nahezu unveränderten Niveau von 0,29 Gini-Punkten und ist nach aktueller Datenlage im Jahr 2017 auch nicht signifikant höher als im Jahr 2009. Ein Zwischenhoch besteht nunmehr im Jahr 2013, welches gegenüber dem Jahr 2005 allerdings ebenfalls statistisch nicht signifikant höher ausfällt.

In ähnlichem Maße hat sich auch die Niedrigeinkommensquote (oder Armutsgefährdungsquote) seit der Wende verändert. Erst in den letzten drei Jahren zeigt sich hier eine Stabilisierung des Trends auf einem Niveau von rund 16 Prozent. Bei der Niedrigeinkommensquote bestehen jedoch große Unterschiede zwischen Ost und West und noch größere zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Letztere sind in den vergangenen Jahren angesichts der Flüchtlingsmigration eher noch gestiegen als gesunken. Allerdings reduzieren sich die

regionalen Unterschiede, sobald die verschiedenen Preisniveaus in Ost und West berücksichtigt werden. Weiterhin bilden Erwerbs- und Arbeitslosigkeit jedoch das mit Abstand größte Niedrigeinkommensrisiko. Bei der Differenzierung der Armutsriskien nach Altersgruppen ergeben sich in den Datensätzen jedoch teilweise erhebliche Unterschiede (Niehues/Stockhausen, 2020).

Ähnlich zu den verfügbaren Einkommen hat sich auch die Verteilung der Nettovermögen entwickelt: In der langen Frist ist auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ein Anstieg des Niveaus der Ungleichheit gegenüber den 1990er Jahren zu erkennen, der sich aber spätestens seit Mitte der 2000er Jahre nicht weiter fortgesetzt hat. Zuletzt stellt sich die Nettovermögensverteilung als bemerkenswert stabil heraus. Im SOEP und in den Daten der Deutschen Bundesbank zeigen sich ähnliche Trends. Von einer stetig zunehmenden Ungleichverteilung der Nettovermögen lässt sich angesichts der Datenlagen trotz ihrer Schätzunsicherheiten gegenwärtig nicht sprechen. Zu den Schätzunsicherheiten zählen insbesondere die Untererfassung von Vermögenswerten an der Spitze der Vermögensverteilung, aber auch breiter gestreutes Vermögen beispielsweise aus Lebensversicherungen oder Hausrat.

Die Betrachtung der Einkommensmobilität im Lebensverlauf zeigt ein gemischtes Bild auf. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass die Mobilität für die unteren 20 Prozent zuletzt gestiegen ist und höher als nach der Wende ausfällt. So gelang rund 60 Prozent der Personen aus der untersten Einkommensgruppe zwischen den Jahren 2009 und 2017 der Aufstieg in eine höhere Gruppe. Zwischen den Jahren 1991 und 1999 gelang dies 54 Prozent. Allerdings zeigt sich eine höhere Mobilität der unteren 20 Prozent nur im Westen der Republik, während sie im Osten gegenüber der Nachwendezeit tendenziell abgenommen hat. Gegenüber der Periode von 2000 bis 2008 ist sie aber auch im Osten für die unterste Gruppe gestiegen. Ebenso stieg aber auch die Persistenz am oberen Rand in beiden Landesteilen über alle Jahre hinweg. Dabei ist eine abnehmende relative Einkommensmobilität nicht zwangsläufig negativ zu interpretieren. Bei breit steigenden Haushaltseinkommen, wie sie zuletzt beobachtet werden konnten, verändern sich die Positionen einzelner Haushalte in der Einkommenshierarchie zwar nicht, aber deren absolutes Wohlstandsniveau kann dennoch zunehmen. Bei relativer Betrachtung der Mobilität bedeutet der Aufstieg einiger den Abstieg anderer. Eine geringere Mobilität kann somit auch Ausdruck einer höheren Stabilität der Einkommensverhältnisse sein, die von vielen sicherlich begrüßt wird.

Insgesamt zeichnet sich für Deutschland zuletzt ein positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung ab, die sich sowohl in einer weitgehend stabilen Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen als auch der Nettovermögen widerspiegelt. Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre ist dies als Erfolg zu werten. Kritisch zu betrachten bleiben die relativ hohen Niedrigeinkommensquoten in Ostdeutschland und der Menschen mit einem Migrationshintergrund, die sich zwar zuletzt auf ihren Niveaus stabilisiert haben, aber weiterhin hoch sind. Eine wichtige Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik muss bei abkühlender Konjunktur die Wahrung und der weitere Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sein. Gleichzeitig muss es gelingen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu erhöhen, beispielsweise durch flexiblere Arbeitszeitmodelle oder eine noch bessere, bedarfsgerechte Bereitstellung öffentlicher und privater Kinderbetreuungsangebote. Der Ausbau der Kapazitäten darf angesichts der nachgewiesenen, hohen Bedeutung frühkindlicher Investitionen in die kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten von Kindern, insbesondere aus einkommensärmeren

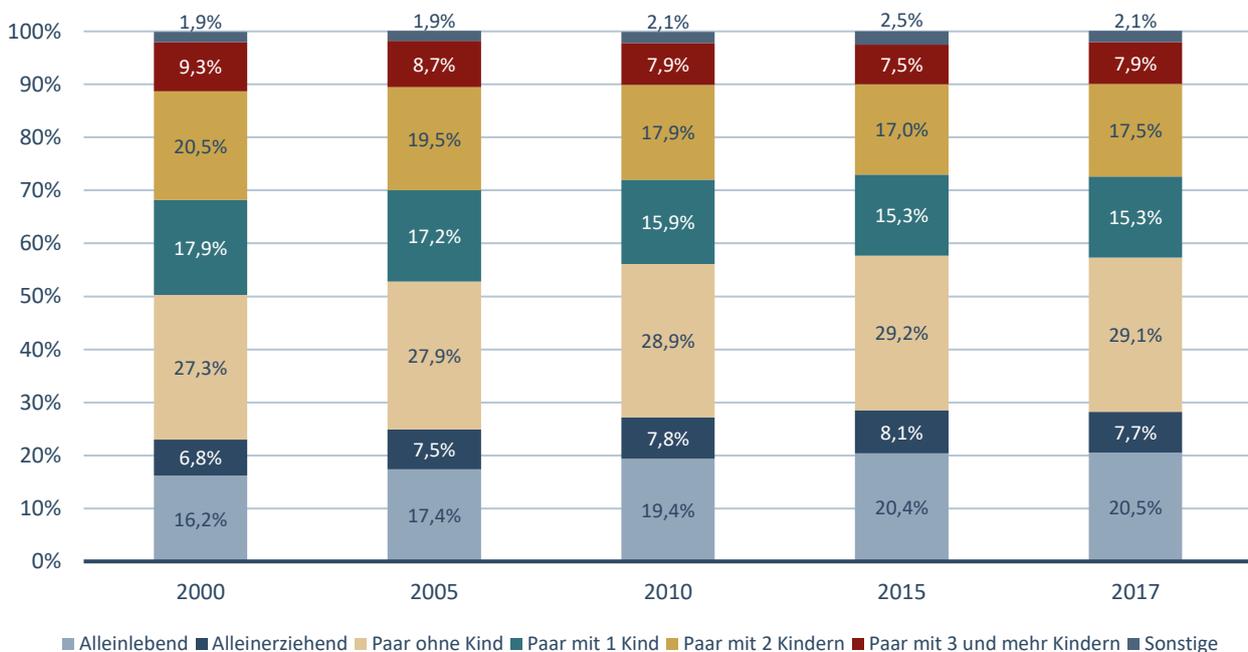
Haushalten jedoch nicht auf Kosten der Qualität stattfinden. Diese Maßnahmen würden nicht nur dazu beitragen, die Chancengerechtigkeit in Deutschland weiter zu erhöhen, sondern auch das Arbeitskräftepotenzial in Zukunft und der Zukunft zu sichern.

1 Eine Gesellschaft im Wandel

Die deutsche Gesellschaft ist seit jeher einem permanenten Wandel unterworfen und stand in den vergangenen 30 Jahren vielerlei neuen Herausforderungen gegenüber: die Wiedervereinigung, die tiefgehende Globalisierung und Digitalisierung, die Große Rezession im Jahr 2009, die Flüchtlingsmigration um das Jahr 2015 oder der demografische Wandel sind nur einige davon. Wenngleich die Beschäftigung heute wieder auf einem Rekordhoch ist, und die Zahl der Langzeitarbeitslosen kontinuierlich zurückgeht, so haben sich all diese Ereignisse in ganz unterschiedlicher Weise auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen in Deutschland ausgewirkt und für zahlreiche Auf- und Abwärtsbewegungen gesorgt. Unter anderem haben sie dazu geführt, dass die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht heterogener geworden ist.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich beispielsweise der Anteil der Haushalte von Alleinlebenden deutlich erhöht. Nach Ergebnissen des Mikrozensus stieg deren Anteil von 16,2 Prozent im Jahr 2000 auf 20,5 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2017. Eine Steigerung um rund 27 Prozent (Abbildung 1-1). Auch der Anteil der Alleinerziehenden ist im selben Zeitraum gestiegen, jedoch weniger deutlich. Seit 2005 ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung weitestgehend unverändert und liegt bei etwas unter 8 Prozent. Diese Entwicklung ist ökonomisch bedeutend, da Paarhaushalte Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens erzielen und sich gegenseitig ökonomisch absichern können.

Abbildung 1-1: Bevölkerungsstruktur nach Haushaltstyp

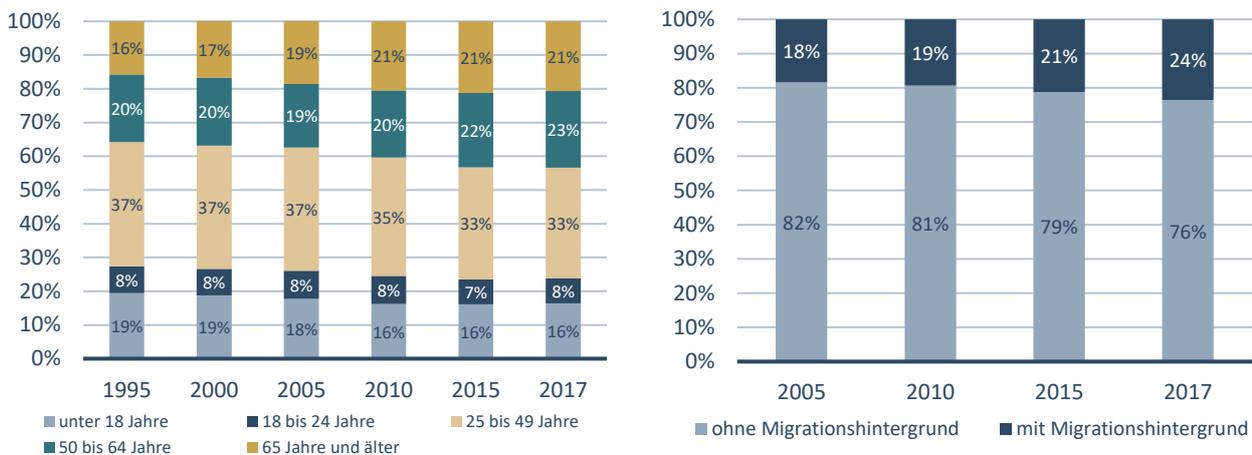


Quelle: BMAS, 2020

In gleichem Zuge ist die deutsche Gesellschaft weiter gealtert (Abbildung 1-2). Waren im Jahr 1995 noch 15,7 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre alt und älter, stieg deren Anteil bis zum Jahr

2017 auf 20,7 Prozent. Dies entspricht einem Anstieg von rund 32 Prozent. Auch der Anteil der Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund ist in den vergangenen Jahren größer geworden. Im Jahr 2005 lag der Anteil von Menschen mit einem direkten oder indirekten Migrationshintergrund noch bei 18,4 Prozent, während er im Jahr 2017 einen Wert von 23,6 Prozent erreichte: eine Steigerung des Anteils um rund 28 Prozent. Damit besitzt zuletzt beinahe jeder vierte Bundesbürger einen Migrationshintergrund. Die unterschiedlich gewählten Betrachtungszeiträume hängen mit der Verfügbarkeit konsistenter Zeitreihen zusammen.

Abbildung 1-2: Bevölkerungsstruktur nach Alter und Migrationshintergrund



Quelle: BMAS, 2020

2 Markteinkommen der Haushalte

All die beschriebenen Veränderungen wirken sich unmittelbar oder mittelbar auf die Höhe der am Markt erzielbaren Haushaltseinkommen und deren Verteilung aus, da Lebensalter und unterschiedliche Formen des Zusammenlebens nachweislich mit den ökonomischen Ressourcen der Haushalte und deren Leistungsfähigkeit zusammenhängen (Peichl et al., 2012).

2.1 Entwicklung des Durchschnitts und Medians

Die Markteinkommen setzen sich als Summe der Erwerbseinkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit zusammen, aus Kapitalerträgen wie Zinsen, Dividenden oder Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sowie privaten Transferzahlungen wie Unterhaltszahlungen aller Haushaltsmitglieder zusammen. Öffentliche Transferzahlungen oder zu leistende direkte Steuern und Abgaben bleiben an dieser Stelle unberücksichtigt. Zu den öffentlichen Transferzahlungen zählen insbesondere gesetzliche Renten und Pensionen, die bei den Markteinkommen somit unberücksichtigt bleiben. Dies ist bei der späteren Betrachtung der Verteilung der Markteinkommen ein wichtiger Punkt, da Haushalte von Rentnern und Pensionären aufgrund anderer Markteinkommensquellen bei der Analyse eingeschlossen sind, aber ihre meist wichtigste Einkommensquelle fehlt. Dies ist bei einer alternden Bevölkerung ein wichtiger Aspekt, der tendenziell Ungleichheitserhöhend wirkt. Die Markteinkommen der Haushalte sind zudem bedarfsgewichtet, um Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur miteinander vergleichbar zu

machen. Dadurch wird berücksichtigt, dass Kinder tendenziell weniger Geld zur Deckung ihrer grundlegenden Bedürfnisse benötigen als Erwachsene, und dass ein gemeinsames Wirtschaften niedrigere Kosten pro Kopf mit sich bringt. Deshalb wird das gesamte Markteinkommen eines Haushalts durch die bedarfsgewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Der erste Erwachsene erhält den Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahre den Faktor 0,5, Kinder unter 14 Jahren bekommen den Faktor 0,3 (neue OECD-Skala). Die hier und an anderer Stelle abgebildeten 95-Prozent-Konfidenzintervalle (KI) besagen, dass der wahre Wert der jeweils zugrundeliegenden Kennzahl mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent von dem geschätzten Konfidenzintervall (auch Konfidenzband genannt) überdeckt wird. Erst wenn sich die Konfidenzbänder zweier geschätzter Kennzahlen für zwei unterschiedliche Zeitpunkte nicht mehr überlappen, gilt dies mithin als hinreichendes Kriterium für eine statistisch signifikante Veränderung des zugrundeliegenden Werts.

In Abbildung 2-1 wird die Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren Markteinkommen der Haushalte für den Zeitraum von 1991 bis 2017 mithilfe der Daten des SOEP in Preisen des Jahres 2015 dargestellt (siehe Tabelle 3-1 für eine detaillierte Beschreibung des SOEP und anderer Datensätze), um einen ersten Überblick über die Einkommensentwicklung seit der Wiedervereinigung zu erhalten. So stieg das durchschnittliche Markteinkommen in Deutschland von rund 24.100 Euro im Jahr 1991 auf rund 28.600 Euro im Jahr 2017. Dabei handelt es sich um einen realen Einkommensanstieg um rund 19 Prozent. Einem langsamen Anstieg der durchschnittlichen Markteinkommen zwischen den Jahren 1991 und 1999 folgte ein beinahe gleich großer Rückgang zwischen den Jahren 2000 und 2005. Seitdem hat sich das reale Wachstum der Markteinkommen erholt: Seit einschließlich dem Jahr 2014 stiegen die durchschnittlichen realen Markteinkommen besonders deutlich und legten zwischen den Jahren 2014 und 2017 um rund 8,6 Prozent zu. Im Vergleich dazu nahmen die durchschnittlichen realen Markteinkommen zwischen den Jahren 1991 und 2014 um rund 9,6 Prozent zu.

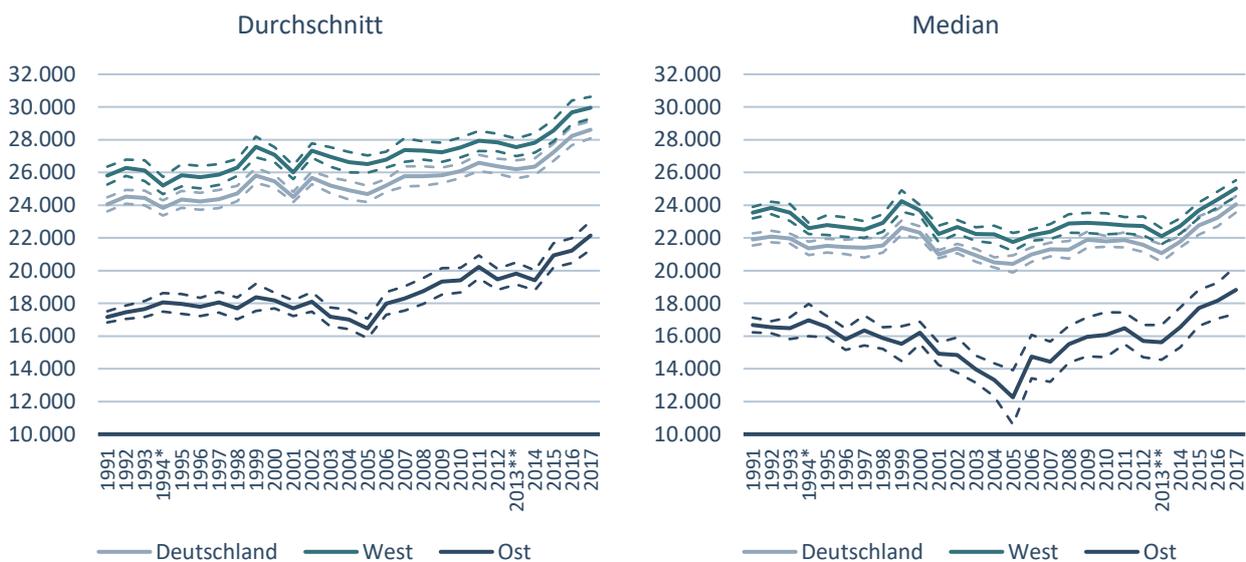
Besonders interessant stellen sich die Unterschiede in der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland dar. Während die westdeutsche Entwicklung dem gesamtdeutschen Trend auf einem etwas höheren Niveau entspricht, was aufgrund der höheren Bevölkerungszahl in Westdeutschland nicht anders zu erwarten ist, zeigt sich in Ostdeutschland im Laufe der 1990er Jahre zunächst eine ähnlich positive Entwicklung wie im Westen, die sich ab dem Jahr 2000 jedoch ins Negative umkehrt. Anders als im Westen gingen die durchschnittlichen Markteinkommen im Osten bis zum Jahr 2005 deutlich stärker zurück und sanken sogar unter das Niveau von 1991. Seitdem hat sich das durchschnittliche Markteinkommen in Ostdeutschland jedoch erheblich gesteigert: Zwischen den Jahren 2005 und 2017 stieg es um rund 35 Prozent von zirka 16.500 Euro auf 22.145 Euro. Trotz dieser positiven Entwicklung muss konstatiert werden, dass das Niveau der Markteinkommen der ostdeutschen Haushalte auch fast 30 Jahre nach der Wende immer noch weit davon entfernt ist, das reale Niveau der westdeutschen Haushalte zu erreichen. Ein klarer Konvergenzprozess ist an dieser Stelle folglich bis heute nicht zu erkennen.

Diese Tatsache spiegelt sich ebenfalls bei einer Betrachtung der mittleren Markteinkommen der Haushalte wider. Das mittlere Einkommen beziehungsweise der Median ist ein Zentralwert, der alle Haushalte in zwei genau gleich große Gruppen teilt: Die eine Hälfte der Haushalte hat höhere Einkommen, die andere niedrigere. Das Medianeinkommen ist verglichen mit dem

Durchschnittseinkommen robuster gegenüber statistischen Ausreißern und fällt in aller Regel geringer aus. So auch in diesem Fall. Zugleich fällt die Entwicklung des Medianmarkteinkommens schwächer aus: Während es in Westdeutschland bis zum Ende der 1990er Jahre real nahezu unverändert hoch und zwischenzeitlich eher rückläufig war, sank es in Ostdeutschland beinahe unverändert bis zum Jahr 2005. Seitdem entwickelt sich das mittlere Markteinkommen jedoch in beiden Landesteilen weitestgehend positiv, wobei die Entwicklung in Ostdeutschland deutlich dynamischer ausfällt. In Westdeutschland fand zwischen den Jahren 2005 und 2013 insgesamt eher eine Phase der Stagnation statt, die jedoch durch kräftige Hinzugewinne seit 2014 abgelöst wurde. Über den gesamten Zeitraum stieg das mittlere reale Markteinkommen in Westdeutschland um rund 10 Prozent, während es in Ostdeutschland um rund 14 Prozent zulegte.

Abbildung 2-1: Entwicklung der Markteinkommen der Haushalte nach Regionen

In Euro von 2015; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

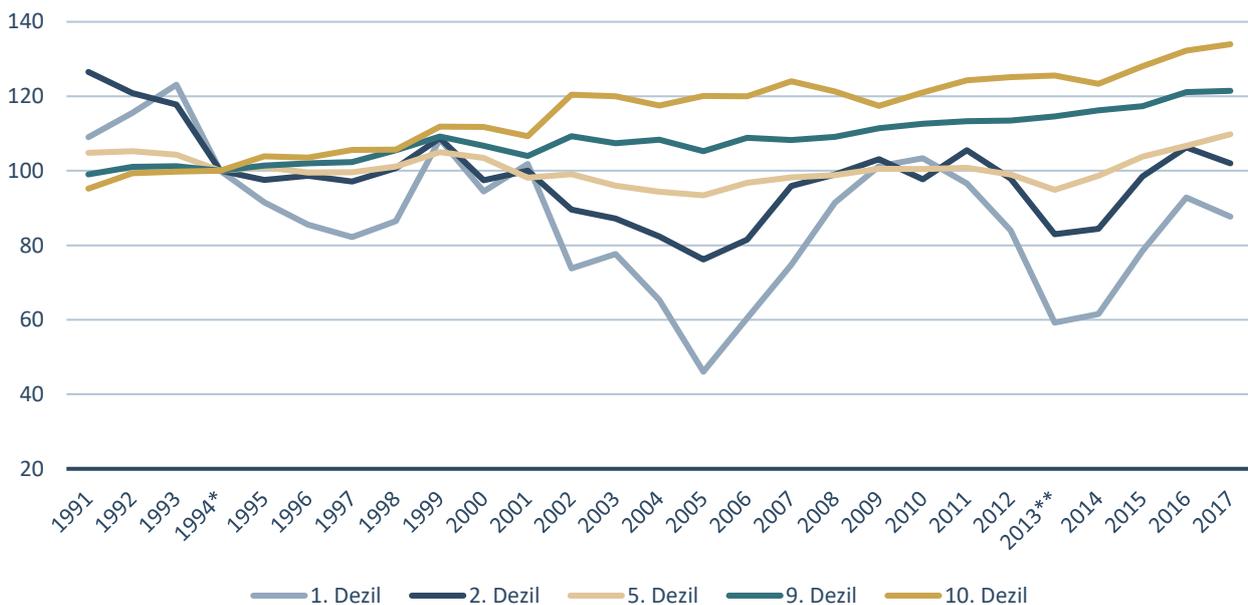
Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Einen differenzierten Blick auf die durchschnittliche Entwicklung der bedarfsgewichteten Markteinkommen für unterschiedliche Einkommensgruppen erlaubt Abbildung 2-2. Während sich die realen Markteinkommen im Durchschnitt für die oberen 20 Prozent weitestgehend positiv entwickelt haben und seit dem Jahr 1994 im 9. Dezil um 21 Prozent und im 10. Dezil um rund 34 Prozent gestiegen sind, hat sich das durchschnittliche Markteinkommen im 5. Dezil um rund 10 Prozent erhöht, wobei zeitweise reale Einkommensverluste zu verbuchen waren. So geschehen unter anderem Ende der 1990er Jahren, zwischen den Jahren 2000 und 2005 sowie zwischen den Jahren 2010 und 2013. Im 2. Dezil lag der reale Zuwachs der Markteinkommen gegenüber dem Jahr 1994 bei 2 Prozent, während im untersten Dezil ein realer Verlust von 12 Prozent zu verzeichnen ist. Bei der Betrachtung der Einkommensdezile sollte jedoch beachtet werden, dass sich nicht zwangsläufig dieselben Menschen von Jahr zu Jahr in denselben Ein-

kommensgruppen befinden. Durch einen Einstieg in den Beruf, durch Arbeitslosigkeit, durch den Eintritt in die Altersrente und durch viele andere Ereignisse schwankt das Markteinkommen einzelner Personen im Lebensverlauf. In welchem Umfang Menschen in einer Einkommensgruppe verharren, wird in Kapitel 5 näher betrachtet.

Abbildung 2-2: Entwicklung der Markteinkommen der Haushalte nach Dezilen

Index: 1994 = 100; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; Dezildurchschnitte



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Zudem wird im weiteren Verlauf der Analyse auf Stichprobenveränderungen eingegangen, die eine konsistente Vergleichbarkeit der Entwicklungen über die Zeit erschweren. So ist der Einfluss der Stichprobenergänzung D und eine Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung in den Jahren 1994 und 1995 allem Anschein nach für den starken Rückgang des durchschnittlichen Markteinkommens in den unteren Einkommensgruppen maßgeblich und weniger realwirtschaftliche Entwicklungen. Ein ähnlicher Niveausprung ist durch die Hocheinkommensstichprobe im Jahr 2002 oder später durch ergänzende Migrationsstichproben im Jahr 2013 erkennbar. Durch die jeweiligen Stichprobenergänzungen werden die über die Zeit aufgetretenen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur im Querschnitt nun besser abgebildet, aber die jährlichen Veränderungen in den Daten sind von den realwirtschaftlichen Änderungen dieser Zeitpunkte entkoppelt; Effekte werden nachgeholt. Später wird auf diese Herausforderungen noch einmal näher eingegangen.

2.2 Entwicklung der Ungleichheit in den Markteinkommen der Haushalte

Inwieweit sich die unterschiedliche Entwicklung der Markteinkommen auf die allgemeine Verteilung ausgewirkt hat, und welche regionalen Unterschiede zwischen Ost und West herrschen,

wird in Abbildung 2-3 dargestellt. Zur Messung der Einkommensungleichheit wird der Gini-Koeffizient verwendet, der eine gängige Maßzahl zur Beschreibung der Einkommenskonzentration darstellt. Ein Gini-Koeffizient von 0 bedeutet, dass alle verglichenen Personen genau das gleiche Einkommen erhalten. Ein Wert von 1 bedeutet, dass eine Person das gesamte Einkommen auf sich vereint und alle anderen nichts bekommen. Eine wohlfahrtstheoretische Eigenschaft des Gini-Koeffizienten ist, dass er auf Änderungen in der Mitte der Einkommensverteilung, wo die Bevölkerung in aller Regel stärker konzentriert ist, sensibler reagiert als auf Änderungen an den Rändern (Cowell, 2015).

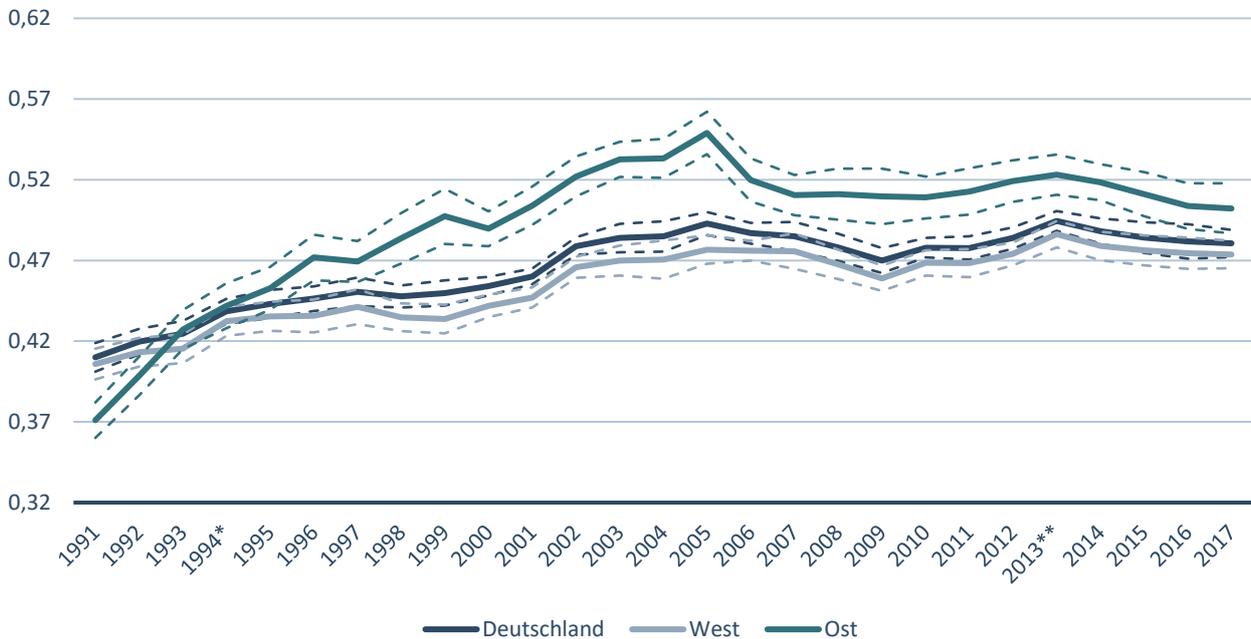
Das heutige Niveau der Ungleichheit in den bedarfsgewichteten Markteinkommen der Haushalte liegt höher als zu Beginn der 1990er Jahre: So legte der Gini-Koeffizient von rund 0,41 Punkten im Jahr 1991 auf 0,48 Punkte im Jahr 2017 zu. Der wesentliche Anstieg ereignete sich in den 1990er und frühen 2000er Jahren: So stieg der Gini-Koeffizient zwischen den Jahren 1991 und 1999 von 0,41 auf 0,45 Punkte und erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2005, wo er einen Stand von 0,49 Punkten erreichte. Nach einer Phase des Sinkens lag er im Jahr 2013 wieder auf dem Niveau von 2005. Seitdem zeigt der Gini-Koeffizient erneut eine sinkende Tendenz, die jedoch statistisch nicht signifikant ist. Unter dem Strich ist der Gini-Koeffizient der Markteinkommen seit dem Jahr 2002 relativ stabil geblieben und schwankt dabei zwischen 0,47 und 0,49 Punkten.

Die beschriebene Entwicklung des Gini-Koeffizienten ist dabei wiederholt durch die Entwicklung in Westdeutschland stark geprägt. Lediglich das Niveau der Markteinkommensungleichheit ist marginal geringer. Die Entwicklung in Ostdeutschland fällt hingegen deutlich markanter aus, wenngleich die unterschiedlichen Entwicklungsphasen sehr ähnlich sind. Kurz nach der Wende waren die Markteinkommen in Ostdeutschland noch gleichmäßiger verteilt als im Westen. Der Gini-Koeffizient lag im Jahr 1991 im Osten bei rund 0,37 Punkten. In den Folgejahren stieg die Markteinkommensungleichheit rasant an und erreichte erst im Jahr 2005 ihren bisherigen Höhepunkt. Der Gini-Koeffizient bemaß sich in diesem Zeitpunkt auf 0,55 Punkte. Dies ist ein Anstieg um knapp 0,18 Gini-Punkte oder 48 Prozent.

Hinter dieser Veränderung stehen große gesellschaftliche Veränderungen, die in weiten Teilen Ergebnis der Transformationsprozesse nach der Wiedervereinigung sind. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch hier eine positive Entwicklung seit dem Jahr 2005 und eine eindeutige Konvergenz gegenüber Westdeutschland, bei der der Gini-Koeffizient der Markteinkommen in Ostdeutschland bis zum Jahr 2017 auf ein Niveau von 0,5 Punkte zurückgegangen ist. Eine anhaltende Polarisierung der Markteinkommen kann mithilfe der SOEP-Daten und anhand des Gini-Koeffizienten somit nicht ausgemacht werden, wenngleich die Ungleichheit der Markteinkommen heute höher liegt als noch zu Beginn der 1990er Jahre.

Abbildung 2-3: Entwicklung der Einkommensungleichheit nach Region

Bedarfsgewichtete Markteinkommen der Haushalte; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervall dar



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

3 Verfügbare Haushaltseinkommen

Die alleinige Betrachtung von Markteinkommen sagt jedoch erst einmal nur wenig darüber aus, welches Einkommen den Menschen in Deutschland tatsächlich zur Verfügung steht, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Der Staat greift in das Marktergebnis umverteilend ein und sorgt für einen sozialen Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. So sorgt er beispielsweise mithilfe des Sozialversicherungssystems für die Absicherung verschiedener Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit. Über den notwendigen Umfang dieser staatlichen Absicherung kann sicherlich gestritten werden, jedoch nicht über den Grundgedanken an sich. Deshalb wenden wir an dieser Stelle unsere Aufmerksamkeit der Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen zu, die maßgeblich über die Konsum- und Teilhabemöglichkeiten der Menschen in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften entscheiden.

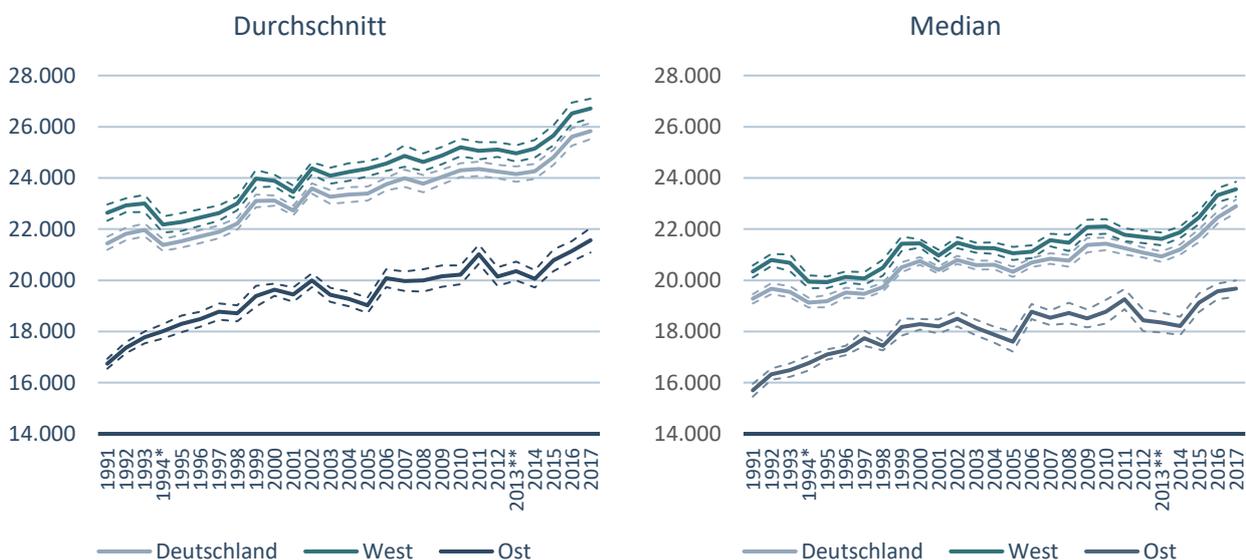
3.1 Entwicklung des Durchschnitts und Medians

Ein Blick auf die Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren Haushaltsnettoeinkommen zeigt zunächst eine insgesamt positive Entwicklung seit der Wiedervereinigung im Jahr 1991 auf, die zuletzt durch deutliche Realeinkommenszuwächse gekennzeichnet ist (Abbildung 3-1). So stieg das reale bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1991 und 2017 im Durchschnitt um rund 20 Prozent. Das Haushaltsnettoeinkommen beziehungsweise das verfügbare Haushaltseinkommen, wie es im Folgenden synonym genannt wird, ist hierbei definiert als

die Summe der Arbeits- und Kapitaleinkommen aller Haushaltsmitglieder und enthält ebenfalls alle empfangenen privaten und öffentlichen Transfers sowie den geschätzten geldwerten Vorteil aus selbstgenutztem Wohneigentum oder günstiger überlassenem Wohnraum. An dieser Stelle werden somit gesetzliche Renten und Pensionen erfasst. Von diesem Bruttohaushaltseinkommen ist die Summe der zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben des Haushalts abzuziehen, um das verfügbare Haushaltseinkommen zu erhalten. Diese werden wie die Markteinkommen mithilfe der neuen OECD-Skala bedarfsgewichtet.

Abbildung 3-1: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Regionen

In Euro von 2015; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Während die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland weitestgehend ähnlich verlaufen ist, ergeben sich weiterhin deutliche Unterschiede der Höhe nach. So stiegen die bedarfsgewichteten real verfügbaren Haushaltseinkommen im Durchschnitt in Westdeutschland von 22.600 Euro im Jahr 1991 auf rund 26.700 Euro im Jahr 2017. Das entspricht einem realen Plus von rund 18 Prozent. Mit durchschnittlich 16.700 Euro lag das Einkommen in Ostdeutschland im Jahr 1991 deutlich niedriger als im Westen, holte aber bis zum Jahr 2017 mit rund 29 Prozent stärker auf. Zuletzt lag das durchschnittliche Einkommen im Osten bei rund 21.600 Euro. Der Abstand im durchschnittlichen Einkommen bleibt damit auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung relativ groß, wenngleich eine Konvergenz der Einkommen weiterhin zu beobachten ist. Diese war zu Beginn der 1990er Jahre zunächst besonders stark ausgeprägt und schwächte sich bis zu Beginn der 2000er Jahre ab. Zwischen den Jahren 2001 und 2005 divergierten die Einkommen wieder. Seit dem Jahr 2010 ist ein unregelmäßiges Auf und Ab bezüglich der absoluten Einkommensabstände zu beobachten, sodass es jüngst kaum noch zu einer Angleichung der im Durchschnitt verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen Ost und West gekommen ist. Gleichwohl bedeutet dies auch, dass sich die finanziellen

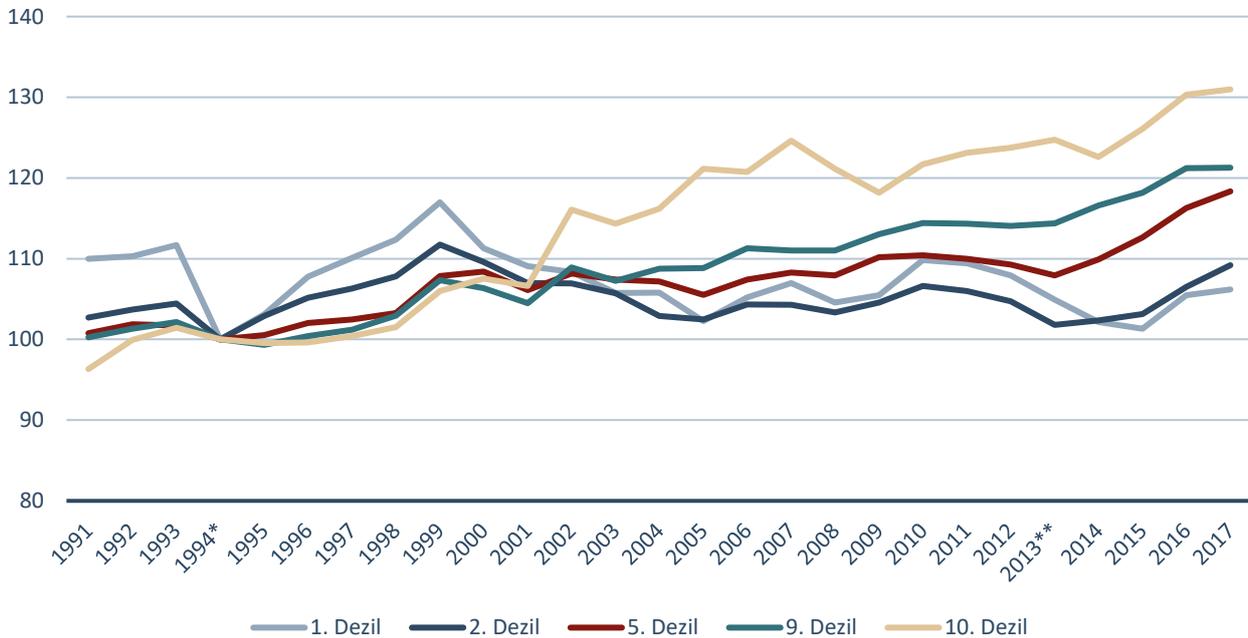
Wohlstandszuwächse der vergangenen Jahre in beiden Teilen Deutschlands in sehr ähnlicher Weise niedergeschlagen haben. Allein die durchschnittlichen Einkommen stiegen zwischen den Jahren 2014 und 2017 in Ostdeutschland um rund 7,5 Prozent und in Westdeutschland um 6,3 Prozent.

Die Entwicklung der Medianeinkommen fällt auf einem absolut geringeren Einkommensniveau sehr ähnlich aus. Während der Einkommensmedian in Westdeutschland zwischen 1991 und 1999 beinahe auf einem Niveau von rund 19.500 Euro stagnierte, stieg er im selben Zeitraum in Ostdeutschland von rund 15.700 Euro auf 18.200 Euro an. Die 1990er Jahre waren also durch eine Konvergenz charakterisiert. In den Folgejahren ist in beiden Teilen Deutschlands ein leichter Aufwärtstrend festzustellen, der jedoch immer wieder von kleineren Schwankungen begleitet wurde. Ein deutlicher Anstieg ergibt sich dann in Westdeutschland ab dem Jahr 2013 und in Ostdeutschland ab dem Jahr 2014. Über die gesamte Periode sind die real verfügbaren Medianeinkommen in Ostdeutschland von rund 15.700 Euro im Jahr 1991 auf rund 19.700 Euro im Jahr 2017 gestiegen. Das ist ein reales Plus von 25,3 Prozent. Im Gegensatz dazu fiel der Einkommenszuwachs in Westdeutschland mit rund 15,8 Prozent geringer aus; das real verfügbare Medianeinkommen der Haushalte stieg im Westen des Landes von rund 20.300 Euro im Jahr 1991 auf rund 23.600 Euro im Jahr 2017. Somit kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die durchschnittlichen und mittleren verfügbaren Haushaltseinkommen ähnlich stark konvergiert sind, und der Verlauf weitestgehend vergleichbar ist.

Neben regionalen Unterschieden lassen sich bei der Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen ebenfalls Unterschiede entlang der Einkommensverteilung feststellen. In Abbildung 3-2 sind diese Veränderungen für fünf Einkommensgruppen detailliert dargestellt: für die unteren 20 Prozent der Haushalte (1. und 2. Dezil), die mittlere Einkommensgruppe (5. Dezil) und die oberen 20 Prozent (9. und 10. Dezil). Die jährlichen Veränderungen sind auf das Einkommensjahr 1994 indexiert. Durch die Wahl des Basisjahres wird die Wirkung des Zeitreihenbruchs durch die Zusatzstichproben D1 und D2, der insbesondere für das unterste Dezil besonders ausgeprägt ist, abgemildert. Folglich zeigt sich über alle betrachteten Einkommensgruppen hinweg ein Anstieg in den real verfügbaren Haushaltseinkommen. Allerdings mit unterschiedlichem Umfang: Während die verfügbaren Haushaltseinkommen des 1. Dezils real um 6 Prozent zunahm, waren es im 2. Dezil rund 9 Prozent. Deutlich kräftiger stieg das reale Einkommen der mittleren Einkommensgruppe: Hier waren es rund 18 Prozent im selben Zeitraum. Im 9. und 10. Dezil erhöhte sich das durchschnittliche, verfügbare Haushaltseinkommen um respektive 21 und 31 Prozent.

Abbildung 3-2: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen

Index: 1994 = 100; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; Dezildurchschnitte



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Das vergleichsweise geringe Wachstum in den untersten Einkommensgruppen ergibt sich insbesondere aus einer negativen Entwicklung zwischen den Jahren 1999 und 2005, einer Phase, die durch eine starke Zunahme von Arbeitslosigkeit und einem vergleichsweise geringen Wirtschaftswachstum gekennzeichnet war. Überraschend ist hingegen das deutlich rückläufige Wachstum der Einkommen seit dem Jahr 2010, insbesondere für die unteren Dezile. Kurzarbeit und eine vorübergehend höhere Arbeitslosigkeit in Folge der Großen Rezession erklären den sich danach einstellenden längerfristigen Trend nicht. Angesichts der positiven Reallohnentwicklung gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und einer gestiegenen (unbereinigten) Lohnquote, die zuletzt wieder auf dem Niveau der 1990er Jahre liegt, und somit in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen ist (Destatis, 2019), scheinen vielmehr spezifische Stichprobenveränderungen und andere SOEP-spezifische Eigenheiten für diese Entwicklung verantwortlich zu sein. Auf die Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen im SOEP und im Vergleich dazu in der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit wird später noch einmal genauer eingegangen.

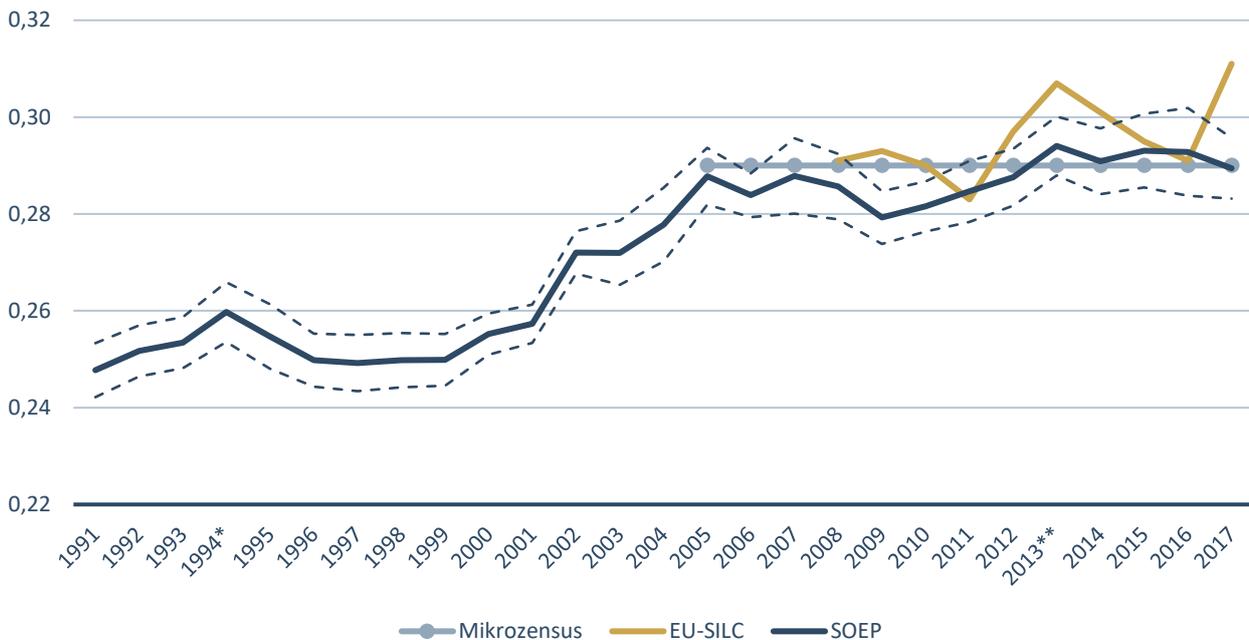
3.2 Entwicklung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen

Angesichts der zuvor erläuterten gesellschaftlichen Veränderungen und Einkommensentwicklungen überrascht die Beobachtung nicht, dass das heutige Niveau der Ungleichheit in den verfügbaren Einkommen der Haushalte höher liegt als im Jahr 1991 (Abbildung 3-3). Die Einkommensungleichheit wird erneut mithilfe des Gini-Koeffizienten gemessen, der bei vollständiger

Gleichverteilung der Einkommen einen Wert von 0 annimmt und bei vollständiger Ungleichheit 1 beträgt.

Abbildung 3-3: Entwicklung der Einkommensungleichheit

Bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervall dar



Anmerkungen zu SOEP Schätzungen: * Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen; Mikrozensus: SAEBL, 2020; EU-SILC: BMAS, 2020

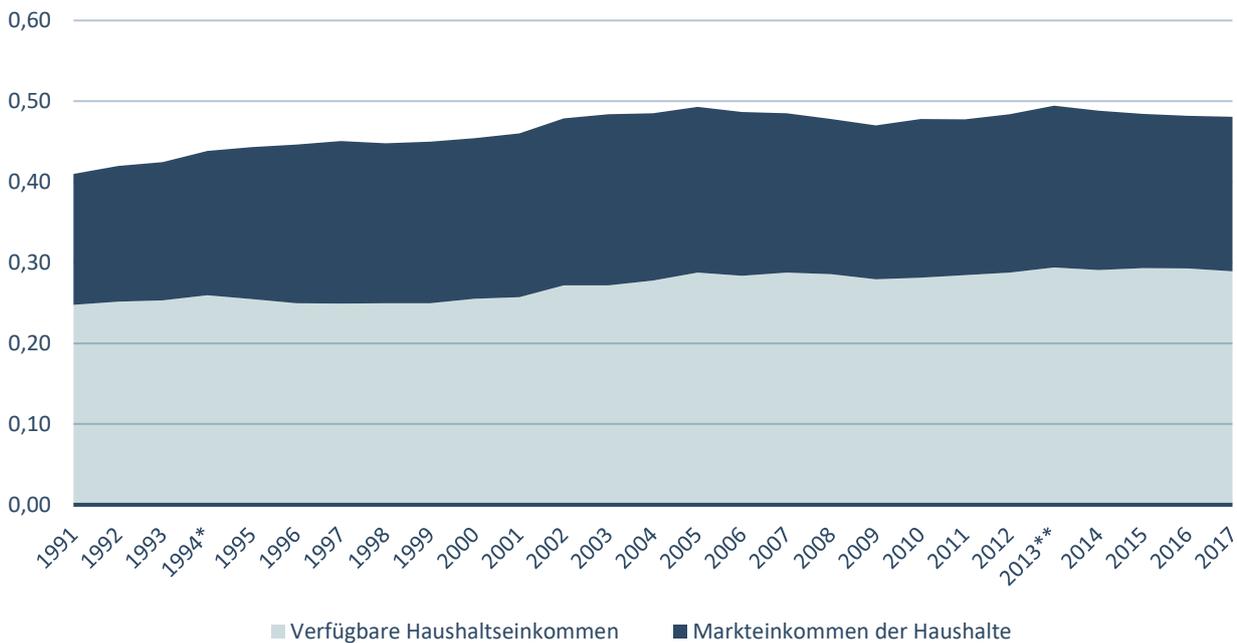
Zwischen 1991 und 2017 ist der Gini-Koeffizient gemäß den Daten des SOEP von 0,25 auf 0,29 Punkte gestiegen. Ein Anstieg des Gini-Koeffizienten um 0,03 Punkte oder mehr gilt mithin als eine gesellschaftlich relevante Veränderung, da diese in einer Größenordnung liegt, die nur mit umfangreichen Änderungen im Steuer- und Transfersystem eintreten würde (Atkinson, 2015). Zum Vergleich: Durch staatliche Umverteilung sinkt der Gini-Koeffizient der Markteinkommen im Einkommensjahr 2017 von 0,48 auf 0,29 Punkte (Abbildung 3-4). In Deutschland findet somit weiterhin eine erhebliche Umverteilung von Einkommen statt, die sich seit 1991 nur unwesentlich verändert hat, und bei der ein Großteil der Einkommensteuerlast von den Besserverdienenden getragen wird (Beznoska, 2020; Niehues, 2019).

Doch die Einkommensverteilung hat sich nicht gleichmäßig über die Zeit verändert: Zwischen 1991 und 1999 schwankte der Gini-Koeffizient trotz der großen Umbrüche nach der Wiedervereinigung zunächst auf einem Niveau zwischen 0,25 bis 0,26 Punkten. Zwischen 2000 und 2005 erhöhte sich das Niveau der Einkommensungleichheit und erreichte mit 0,29 Gini-Punkten im Jahr 2005 ihren vorläufigen Höhepunkt. Seitdem ist der Gini-Koeffizient nahezu unverändert geblieben. Deutete sich zunächst ein leichter Rückgang des Gini-Koeffizienten auf 0,28 Punkte bis zum Jahr 2009 an, entwickelte er sich in den Folgejahren wieder leicht nach oben. Im aktuellen Einkommensjahr 2017 lag der Gini-Koeffizient laut SOEP erneut bei rund 0,29 Punkten.

Gegenüber dem Jahr 2005 kann unter Berücksichtigung statistischer Unsicherheiten, die sich durch Hinzunahme der Konfidenzintervalle grafisch darstellen lassen, nicht von einer Erhöhung der Ungleichheit in den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland gesprochen werden (bei einem Signifikanzniveau von 95 Prozent).

Abbildung 3-4: Entwicklung der Umverteilung

Gini-Koeffizient; Umverteilung als Differenz zwischen Gini-Koeffizienten der bedarfsgewichteten Markteinkommen der Haushalte und der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen (dunkelblaue Fläche); bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Für die weitgehende Stabilität der Einkommensverhältnisse nach 2005 sprechen zudem die Ergebnisse aus anderen Haushaltsbefragungen wie dem Mikrozensus oder dem EU-SILC (Tabelle 3-1). Während der Gini-Koeffizient gemäß Mikrozensus – der jährlich 1 Prozent der deutschen Bevölkerung erfasst und zu dessen Teilnahme die Befragten verpflichtet sind – sich 13 Jahre in Folge nahezu nicht verändert hat (der auf zwei Nachkommastellen gerundete Wert), schwankt der Gini-Koeffizient laut EU-SILC auf einem leicht höheren Niveau zwischen 0,29 und 0,31 Punkten; teils mit heftigen Ausschlägen, wie im aktuellsten Jahr zu beobachten ist. Diese können nur wenig mit realwirtschaftlichen Veränderungen zu tun haben. Dabei bildet das EU-SILC die Ränder der Einkommensverteilung ebenfalls nur ungenügend ab und untererfasst Migranten (Tabelle 3-1). Aber auch das SOEP und der Mikrozensus tendieren zu einer Untererfassung der Einkommensränder, da die Teilnahmebereitschaft und die Wiederbefragungsraten dieser Gruppen geringer sind als beim Rest der Bevölkerung. Bei allen methodischen Problemen weisen alle drei Datensätze darauf hin, dass die Einkommensungleichheit seit 2005 nicht statistisch signifikant zugenommen hat, trotz neuer Herausforderungen, die sich beispielsweise durch eine erhöhte Zuwanderung ergeben haben.

In der jüngsten Datenauslieferung des SOEP zeigt sich nunmehr ein leicht abnehmender Trend des Gini-Koeffizienten seit dem Jahr 2013, der jedoch nicht überinterpretiert werden darf. So zeichnete sich vergangenes Jahr noch ein neues Allzeithoch für das Jahr 2016 im SOEP ab (Spannagel/Molitor, 2019), das durch die jüngsten Datenrevisionen und Korrekturen von Hochrechnungsfaktoren in diesem Jahr jedoch keinen Bestand mehr hat. Somit liegt der Gini des Jahres 2016 nun nicht mehr statistisch signifikant höher als im Jahr 2009 und der Gini des Jahres 2017 liegt auf nahezu gleichem Niveau wie im Jahr 2005.

Die beschriebene Entwicklung der Einkommensungleichheit ist dabei erneut stark durch die Entwicklungen in Westdeutschland geprägt. Tendenziell fällt der Gini-Koeffizient in Westdeutschland nur marginal höher aus als für die gesamte Republik. Anders im Osten, wo die Einkommen in allen betrachteten Jahren stets gleichmäßiger verteilt sind und der Gini-Koeffizient demzufolge kleiner ausfällt. Für die Entwicklung im Osten lassen sich grob drei Phasen erkennen: Die erste Phase beginnt direkt nach der Wende und endet im Jahr 2000. In dieser Zeit blieb die Einkommensverteilung nahezu unverändert und der Gini-Koeffizient schwankte zwischen 0,20 und 0,21. In einer zweiten Phase zwischen 2001 und 2011 stieg die Einkommensungleichheit beinahe kontinuierlich mit einem zwischenzeitlichen Plateau in den Jahren von 2005 bis 2010. Der Gini-Koeffizient kletterte in dieser Zeit von 0,21 auf 0,26 Punkte. Damit war die Einkommensungleichheit im Osten im Jahr 2011 so groß wie die in Westdeutschland im Jahr 2000.

Seit 2011 hat sich die Einkommensverteilung in Ostdeutschland nicht weiter verändert und ist im Jahr 2017 rund 0,03 Gini-Punkte geringer als im Westen, wo der Gini zuletzt bei 0,29 lag. Insgesamt ist die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2017 mit rund 0,06 Gini-Punkten stärker gestiegen als im Westen mit rund 0,05 Gini-Punkten, allerdings waren und sind die verfügbaren Haushaltseinkommen im Osten gleicher verteilt als im Westen. Dass sich die Einkommensverteilung im Osten seit dem Jahr 2011 und im Westen seit dem Jahr 2005 nicht mehr wesentlich verändert hat, unterstreicht die positive Entwicklung der real verfügbaren Einkommen breiter Teile der deutschen Bevölkerung.

Abbildung 3-5: Entwicklung der Einkommensungleichheit nach Regionen

Bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervall dar



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Ungeachtet dessen muss bei der Betrachtung zeitlicher Veränderungen im SOEP mittlerweile sehr kritisch auf die Rolle der im Zeitverlauf integrierten Zusatzstichproben hingewiesen werden. Zweck dieser Zusatzstichproben ist die Erhöhung von Fallzahlen, die beispielsweise durch das (natürliche) Ausscheiden von Befragungspersonen aus dem Panel resultieren. Zudem kann auf diese Weise auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert werden, die sich beispielsweise durch neue Formen des Zusammenlebens ergeben. Die Integration solcher Zusatzstichproben kann jedoch zu plötzlichen Niveauverschiebungen in unterschiedlichsten Kennzahlen führen, beispielsweise den Durchschnittseinkommen, die nicht auf eine Veränderung der tatsächlichen gesellschaftlichen oder ökonomischen Veränderungen im entsprechenden Jahr zurückzuführen sind. Wesentliche Beispiele sind hier die Zusatzstichproben D und M1 (Niehues, 2017).

Tabelle 3-1: Methodenbox – Haushaltsbefragungsdaten

Das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)** ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die bereits seit 1984 jährlich Daten bezüglich Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung sowie auch subjektiven Einschätzungen erhebt. Im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin werden zurzeit in Deutschland mehr als 35.000 Personen in knapp 15.000 Haushalten erfasst. Das SOEP zeichnet sich insbesondere durch die detaillierte Abfrage einzelner Einkommenskomponenten des Vorjahres aus, einer sehr umfangreichen Daten- und Methodendokumentation sowie dem Bemühen, durch regelmäßige Stichprobenergänzungen auch spezifische Teilgruppen wie beispielsweise Personen mit Migrationshintergrund oder bestimmte Familienformen repräsentativ abzubilden.

Im Rahmen des **Mikrozensus** werden im Auftrag des Statistischen Bundesamts jedes Jahr rund 830.000 Personen zu ihren Lebensbedingungen befragt. Der Wissenschaft steht eine 70-Prozent-Substichprobe zur Verfügung. Der Mikrozensus liefert insbesondere Informationen über die Haushalts- und Familienstruktur der Bevölkerung, die Erwerbsbeteiligung sowie über die Migrationsbewegungen. Als größter Datensatz mit verpflichtender Teilnahme gilt die Bevölkerungszusammensetzung des Mikrozensus gemeinhin als Referenzstatistik für die übrigen Haushaltsbefragungen. Für Einkommensanalysen eignet sich der Mikrozensus allerdings nur bedingt, da das Einkommen nur über eine einzige Frage nach dem „monatlichen Haushaltseinkommen“ in Einkommensklassen erfasst wird. Aufgrund der Stichprobengröße ist es allerdings der einzige Befragungsdatensatz, der Analysen auf tiefgliedriger, regionaler Ebene ermöglicht.

Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** wird in fünfjährigem Abstand durch das Statistische Bundesamt als Quotenstichprobe des Mikrozensus durchgeführt. Neben dem Einkommen und sonstigen sozio-ökonomischen Merkmalen werden die privaten Haushalte in der EVS insbesondere zu ihren Konsumausgaben, ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern sowie zu ihrem Vermögen und ihren Schulden befragt. Insgesamt werden im Rahmen der EVS rund 60.000 Haushalte erfasst. Aus Datenschutzgründen werden Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro nicht berücksichtigt (sogenannte Abschneidegrenze). Zur Auswertung für wissenschaftliche Zwecke werden in einem Scientific-Use-File Daten für eine Zufallsauswahl von rund 80 Prozent dieser Haushalte zur Verfügung gestellt. Die Einnahmen und Ausgaben werden in der EVS mittels einer quartalsweisen Anschreibemethode erfasst. Aufgrund der Abschneidegrenze und der freiwilligen Teilnahme sind die Einkommensränder in der EVS eher unterrepräsentiert. Ausländische Staatsangehörige sind in der EVS kaum erfasst.

Die auf Basis von vergleichbaren Mindeststandards europaweit durchgeführte **European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)** stellen die Standardquelle für die Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) dar. Das EU-SILC ergibt sich aus einer Teilstichprobe der zufällig im Rahmen des Mikrozensus ausgewählten Haushalte, die sich bereiterklärt haben, für weitere Befragungen zur Verfügung zu stehen, und kann daher als mehrstufige Zufallsauswahl gesehen werden. Im EU-SILC werden jährlich rund 14.000 Haushalte befragt. In einer Übergangsphase bis zur Welle 2007 wurde ein Teil der deutschen Stichprobe allerdings noch über eine repräsentative Quotenauswahl gewonnen. Ausländische Staatsangehörige und Personen mit Migrationshintergrund sind im EU-SILC tendenziell untererfasst.

Quellen: Niehues, 2017, zitiert nach Schröder et al., 2019

Die Zusatzstichprobe D besteht aus zwei Teilstichproben, die im Jahr 1994 (D1) und im Jahr 1995 (D2) in das SOEP aufgenommen wurden. Zusammen erfassen sie die Migration der Jahre 1984 bis 1994 nach Westdeutschland, wobei es sich insbesondere um deutschstämmige Spätaussiedler aus Osteuropa handelt, die zurück nach Deutschland migriert sind. Idee der Zusatzstichproben war und ist es, die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung im Querschnitt besser abzubilden. Da Menschen mit einem Migrationshintergrund meist über durchschnittlich geringere Einkommen verfügen und sich damit zunächst eher in der unteren Mitte oder dem unteren Bereich der Einkommensverteilung einordnen, ist der Anstieg der Einkommensungleichheit in den Jahren 1994 und 1995 im SOEP nicht Erscheinung dieser beiden Jahre, sondern vielmehr ein nachgeholter Niveausprung nach oben, der sich bereits in den Vorjahren zugetragen haben dürfte.

Auf den deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Einkommen im untersten Einkommensdezil weisen auch Grabka et al. (2019) in Fußnote 14 auf Seite 345 hin, den sie auch auf die Änderung der zugrundeliegenden Daten zurückführen. Das bedeutet auch, dass die Einkommensungleichheit in den Jahren zuvor wohl zu gering ausgewiesen wurde. Wie groß der Niveausprung letztlich ist, und ob sich ohne diesen kein Anstieg der Einkommensungleichheit in den Jahren 1994 und 1995 eingestellt hätte, kann leider nicht aufgelöst werden. So könnte es der Fall sein, dass die Einkommensungleichheit zwischen 1991 und 1995 nicht gestiegen ist, sondern wie in den Jahren danach von einem höheren Niveau aus rückläufig war oder einfach unverändert gewesen wäre. Vergleichbare Wirkmechanismen und Trendprobleme treffen auch auf spätere Migrationsstichproben zu, insbesondere aber auch auf die Zusatzstichprobe M1 (Niehues, 2017). Diese umfasst Personen, die zwischen 1995 und 2011 nach Deutschland migriert sind, das heißt einen direkten Migrationshintergrund haben, sowie Menschen mit einem indirekten Migrationshintergrund, die nach 1976 in Deutschland geboren worden sind.

Ähnliche Verzerrungen können aber auch von der Hocheinkommensstichprobe G des Jahres 2002 ausgehen oder auf die Stichproben J und K in den Jahren 2011 und 2012, für die die Randverteilung im SOEP zwischenzeitlich an die Zahl der ALG-II-Empfänger angepasst wurde. In diesem Zusammenhang fällt ebenfalls auf, dass auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen in diesen Jahren deutlich besser im SOEP abgebildet werden konnte (Abbildung 3-6). In den Jahren zuvor lag die hochgerechnete Zahl mal über und mal unter den offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, wobei sich stets ein ähnlicher Trend abzeichnete. Seit 2013 offenbart sich jedoch ein Problem im SOEP: Während die Zahl der registrierten Arbeitslosen laut amtlicher Daten rückläufig war, stieg sie im SOEP bis zum Jahr 2016 wieder an.

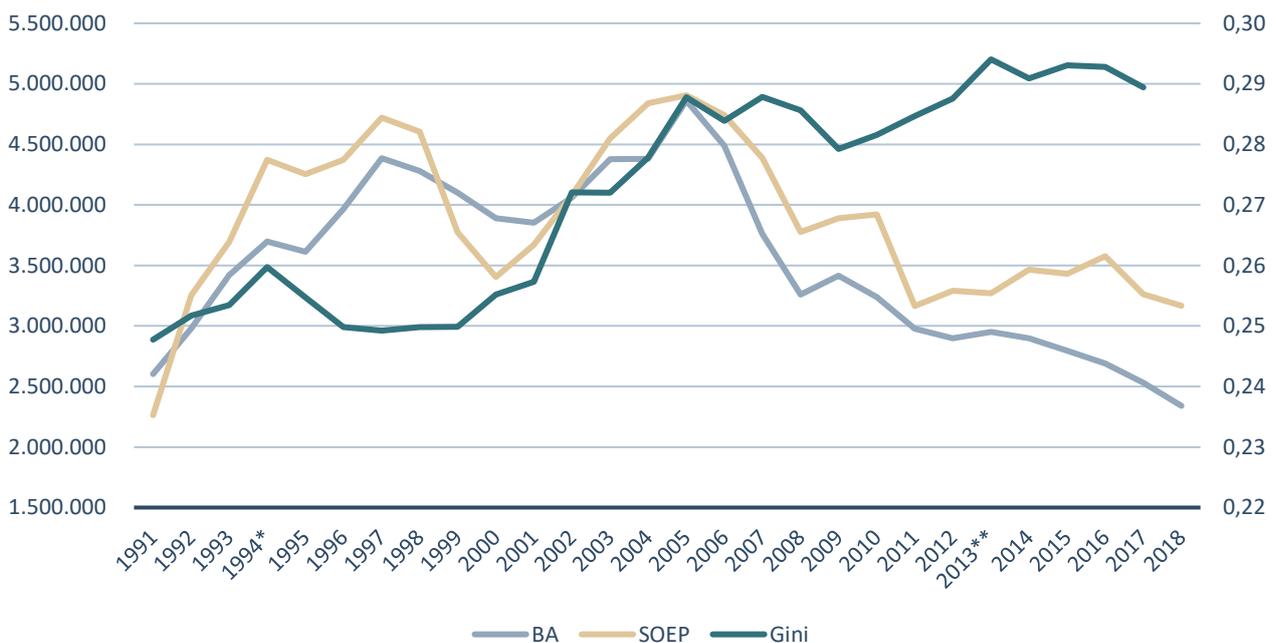
Dies könnte ein Grund dafür sein, weswegen die Einkommensungleichheit im SOEP im entsprechenden Zeitraum trotz guter realwirtschaftlicher Entwicklung nicht zurückgegangen ist und – wenn auch statistisch nicht signifikant – eher noch leicht gestiegen ist. So wie die Arbeitslosenzahlen seit 2016 im SOEP rückläufig sind, sinkt auch tendenziell die Einkommensungleichheit. Sicherlich spielen neben der Arbeitslosigkeit noch weitere Faktoren für die Entwicklung der Einkommensungleichheit eine Rolle, beispielsweise Änderungen in der Besteuerung, veränderte Lebensformen, Zuwanderung und dergleichen. Aber die mit (vorübergehender) Arbeitslosigkeit einhergehenden finanziellen Einbußen sind sicherlich ebenfalls relevant. Das Auseinanderfallen von tatsächlicher Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Entwicklung im SOEP könnte

somit eine Erklärung dafür sein, weswegen die Einkommen in den unteren Einkommensbereichen der eigentlich zu erwartenden Entwicklung in konjunkturell günstigen Zeiten hinterherhinken.

Exkurs: Mit Blick auf die Ergebnisse wäre mehr Transparenz von Seiten des SOEP wünschenswert und ein kritischerer Umgang mit Zeitreihenbrüchen, die de facto durch die zahlreichen Zusatzstichproben in den vergangenen Jahren in die Gesamtstichprobe Einzug gehalten haben. Die Interpretation von zeitlichen Trends wird dadurch erheblich erschwert, da tatsächliche Entwicklungen in Deutschland und in den SOEP-Daten auf diese Weise auseinanderfallen. Dies erschwert eine evidenzbasierte Beratung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Trotz dessen ist und bleibt das SOEP ein wichtiger Längsschnittdatensatz für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung, der hohen Qualitätsstandards entspricht.

Abbildung 3-6: Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen

Linke y-Achse: Anzahl der registrierten Arbeitslosen in Millionen; rechte y-Achse: Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen, bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen; BA, 2019

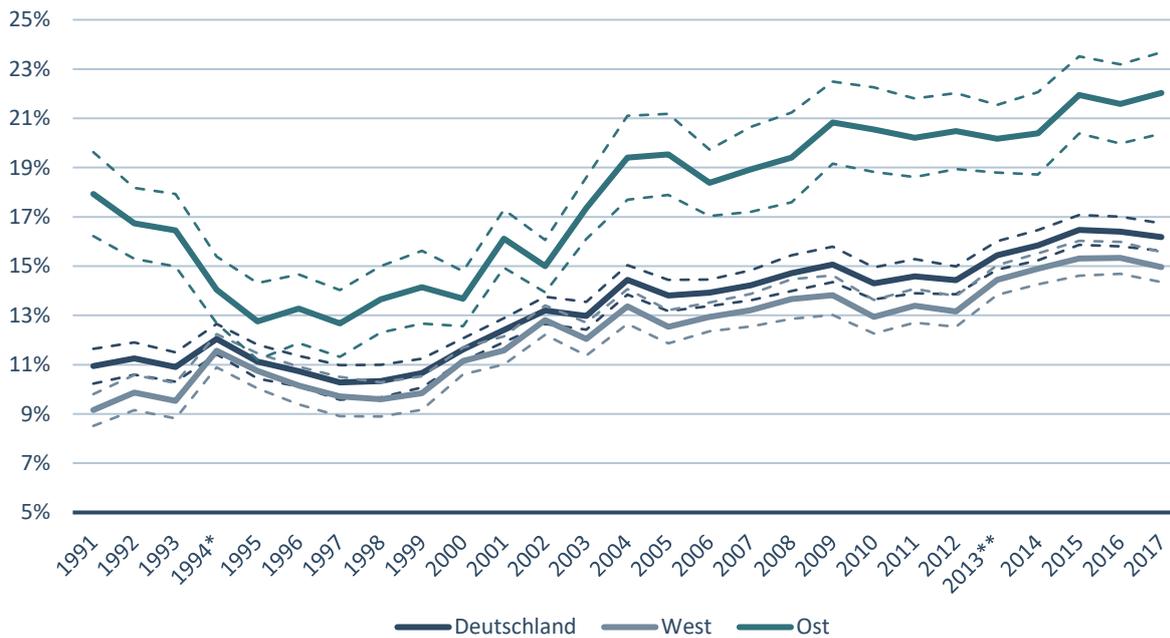
3.3 Niedrigeinkommen

Ähnlich der Einkommensungleichheit ist auch der Anteil der Menschen im Niedrigeinkommensbereich seit der Wiedervereinigung insgesamt gestiegen (Abbildung 3-7). Im Niedrigeinkommensbereich befindet sich eine Person, wenn sie weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens (Median) zur Verfügung hat – der Median ist genau das Einkommen, bei dem die eine Hälfte der Bevölkerung über mehr und die andere Hälfte über weniger

Einkommen verfügt. Die Niedrigeinkommensquote ist somit ein relatives Maß zur Erfassung einer angespannten finanziellen Situation im Haushaltskontext, drückt allein aber noch keine Armut aus (Schröder et al., 2019; Brenke, 2018). Daher wird sie oftmals auch als relative Einkommensarmutsgefährdungsquote bezeichnet.

Abbildung 3-7: Entwicklung der Niedrigeinkommensquote nach Region

In Euro von 2015; bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervall dar



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Im Jahr 1991 verfügten rund 11,3 Prozent der Menschen in Deutschland über ein Einkommen unterhalb der Niedrigeinkommensgrenze. Bis zum Jahr 2015 stieg die Quote auf rund 16,2 Prozent an und verharrt seitdem weitestgehend auf diesem Niveau. Aber auch hier lassen sich in den Vorjahren unterschiedliche Entwicklungsphasen beobachten, die ähnlich zur Entwicklung der Einkommensungleichheit sind: So schwankte die Niedrigeinkommensquote zwischen 1991 und 1999 erst auf einem Niveau von knapp unter 12 Prozent, um bis zum Jahr 2004 auf ein Niveau von rund 14,1 Prozent anzusteigen. Zwischen 2005 und 2013 schwankte die Quote zwischen 14 und 15 Prozent, wobei sie etwas größere Schwankungen um die Jahre der Großen Rezession aufzeigt. 2015 erreichte die Niedrigeinkommensquote mit rund 16,5 Prozent ihren vorläufigen Höhepunkt. Seitdem bewegt sie sich auf einem nahezu stabilen Niveau.

Ein differenzierter Blick auf die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland zeigt deutliche Unterschiede, insbesondere im Niveau: So liegt die Niedrigeinkommensquote in Ostdeutschland in allen Jahren über der in Westdeutschland. Der Konvergenzprozess, der kurz nach der Wende zu beobachten gewesen ist, hat sich spätestens nach 2002 nicht weiter fortgesetzt. Vielmehr sind die Unterschiede zwischen den Jahren 2002 und 2005 wieder größer geworden, und zwar in

einer Phase, in der in beiden Teilen der Republik die Arbeitslosigkeit hoch war. Im Osten war sie jedoch noch einmal deutlich höher (Krause, 2019). In den Folgejahren ist dann ein ähnlicher Verlauf der Niedrigeinkommensquoten in beiden Landesteilen zu beobachten. Mit dem Unterschied, dass die Niedrigeinkommensquote im Jahr 2017 in Ostdeutschland bei rund 22 Prozent lag, während sie in Westdeutschland rund 15 Prozent betrug. Aber auch hier ist festzustellen, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland jüngst nicht gewachsen sind (Schröder et al., 2019). Werden allerdings Unterschiede in der Kaufkraft zwischen Ost und West aufgrund von Preisunterschieden berücksichtigt, so fällt die Differenz in der Niedrigeinkommensquote geringer aus. Für das Jahr 2016 beträgt die kaufkraftbereinigte Differenz lediglich 1 Prozentpunkt (Schröder et al., 2019).

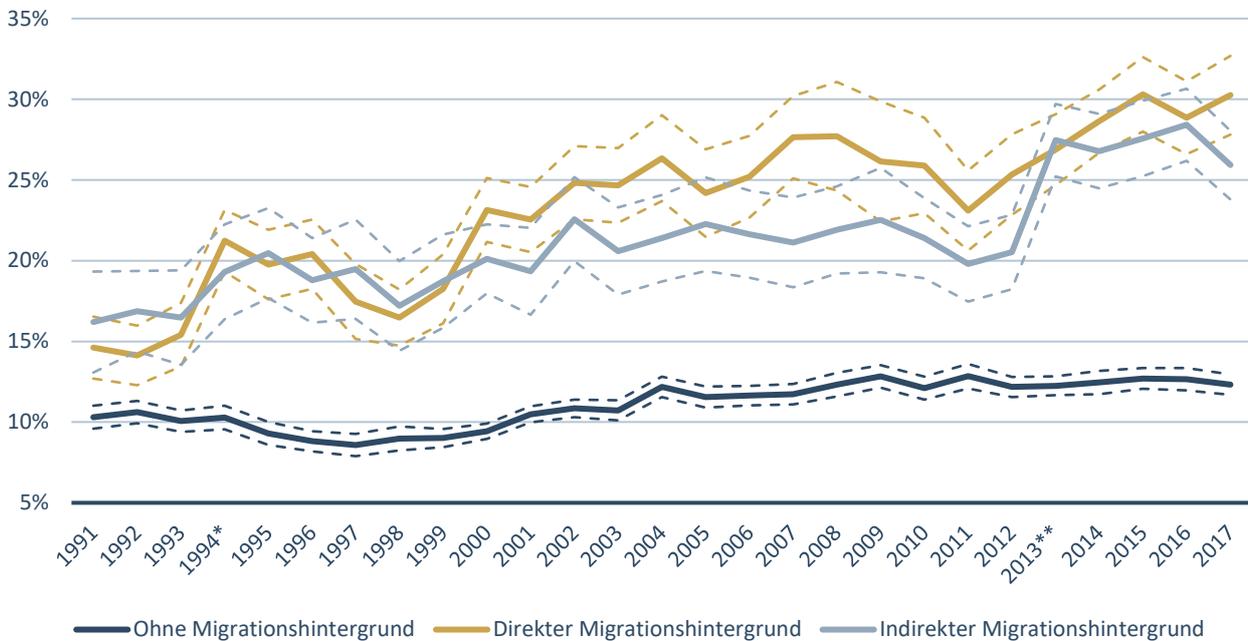
Deutliche Unterschiede im Niveau ergeben sich auch bei einer Unterscheidung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund (Abbildung 3-8). Während die Niedrigeinkommensquote der Menschen ohne Migrationshintergrund im Jahr 1991 bei rund 11 Prozent lag, betrug sie für Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund 15 Prozent und mit einem indirekten Migrationshintergrund 16 Prozent. Die Niedrigeinkommensquoten für Menschen mit Migrationshintergrund sind für die Jahre vor 1994/1995 jedoch nur eingeschränkt repräsentativ, da Menschen mit Migrationshintergrund bis dato nur unzureichend im SOEP erfasst wurden. Um dies zu korrigieren und die Migration nach (West)Deutschland zwischen den Jahren 1984 und 1994 besser abbilden zu können, wurde unter anderem die Zusatzstichprobe D im SOEP erhoben. Von dieser Erweiterung waren vor allem Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund betroffen. In der Folge ist zwischen den Jahren 1993 und 1994 ein Niveauanstieg von fast 6 Prozentpunkten in der Niedrigeinkommensquote von Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund zu verzeichnen.

Kurze Phasen der Konvergenz sind Mitte der 1990er und 2000er Jahre zu finden, die jedoch in beiden Fällen nicht nachhaltig gewesen sind. Deutete sich zuletzt bis zum Jahr 2010 eine Reduzierung der Niedrigeinkommensquote bei Menschen mit Migrationshintergrund an, sodass bei gleichbleibender Quote für Menschen ohne Migrationshintergrund von etwa 12 Prozent eine Annäherung stattfand, kehrte sich der abnehmende Trend mit zunehmender Migration in den Folgejahren wieder um. Nunmehr liegt die Niedrigeinkommensquote im Jahr 2017 für Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund bei rund 30 Prozent, während sie für Menschen mit einem indirekten Migrationshintergrund auf rund 26 Prozent gestiegen ist.

Aber auch bei dieser Betrachtung stechen Probleme bezüglich der Interpretation zeitlicher Veränderungen und teilweise relativ große Sprünge in der Niedrigeinkommensquote zwischen zwei benachbarten Jahren ins Auge. Insbesondere die Veränderung zwischen den Jahren 2012 und 2013 für Menschen mit einem indirekten Hintergrund muss dabei genannt werden: Hier springt die Niedrigeinkommensquote von 20,5 Prozent um 7 Prozentpunkte auf 27,5 Prozent. Da es sich hierbei nicht um Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund handelt, fallen hierunter auch nicht neu zugewanderte Menschen, die im Rahmen der erhöhten Migration aus Nordafrika, dem Nahen Osten oder dem Osten der EU gekommen sind. Vielmehr steht dieser Sprung mit methodischen Veränderungen in den zugrundeliegenden Stichproben und der Identifizierung von Menschen mit einem indirekten Migrationshintergrund in Zusammenhang.

Abbildung 3-8: Entwicklung der Niedrigeinkommensquote nach Migrationshintergrund

Bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala; gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervall dar



* Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Zeitreihenbruch durch Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Durch die Zusatzstichprobe M1, die im Jahr 2013 integriert wurde, aber die Migration der Jahre 1995-2011 abbildet, wurde der Effekt der Migration der zurückliegenden Jahre somit sprunghaft im Jahr 2013 hinzugefügt. Durch die Integration dieser und anderer Stichproben mag die Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund jeweils besser abgebildet worden sein, ein Vergleich mit den Jahren davor wird dadurch jedoch stark eingeschränkt. Unabhängig von der exakten jährlichen Zuordnung der Migrationseffekte zeigt sich jedoch, dass die Niedrigeinkommensquote in der langen Frist in Deutschland heute höher liegt als in den 1990er Jahren. In Ostdeutschland ist sie höher als in Westdeutschland und für Menschen ohne Migrationshintergrund ist sie geringer als für Menschen mit Migrationshintergrund.

Aufgrund der methodischen Schwierigkeiten im SOEP bietet sich erneut ein Vergleich mit den Ergebnissen aus anderen Datenquellen an, beispielsweise dem Mikrozensus. Im Unterschied zum SOEP fällt nicht nur die Niedrigeinkommensquote zuletzt etwas geringer aus – im Jahr 2017 betrug sie 16,2 Prozent im SOEP und 15,8 Prozent im Mikrozensus –, sondern auch die Veränderung ist moderater und schwankt weniger stark. Während die Niedrigeinkommensquote im SOEP von 13,8 Prozent im Jahr 2005 auf 16,2 Prozent im Jahr 2017 gestiegen ist (2,4 Prozentpunkte), erhöhte sie sich im Mikrozensus von 14,7 Prozent auf 15,8 Prozent (1,1 Prozentpunkte) und ist seit 2013 (15,5 Prozent) nahezu unverändert.

Darüber hinaus zeigen sich im Mikrozensus ähnliche Unterschiede in der Höhe der Niedrigeinkommensquoten für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Es zeichnen sich jedoch teilweise etwas andere Trends ab. So ist für Menschen ohne Migrationshintergrund seit dem Jahr 2013 ein abnehmender Trend in der Niedrigeinkommensquote von 12,3 Prozent auf 11,4 Prozent im Jahr 2018 zu beobachten, der im SOEP weniger deutlich, wenngleich vorhanden ist. Im Mikrozensus weniger stark ausgeprägt ist zudem die Entwicklung der Niedrigeinkommensquote für Menschen mit einem Migrationshintergrund um das Jahr 2011 herum. Erfreulich ist, dass die Niedrigeinkommensquote für Menschen mit einem Migrationshintergrund zum ersten Mal seit 2011 wieder gesunken ist. So verringerte sich die Quote zwischen den Jahren 2017 und 2018 von 28,6 Prozent auf 27,2 Prozent und liegt damit unter dem Niveau von 2015. Ob dies eine nachhaltige Entwicklung ist, bleibt abzuwarten. Abschließend sei ebenfalls darauf verwiesen, dass auch der Mikrozensus durch eine Anpassung an den Zensus im Jahr 2011 und einer Stichprobenumstellung im Jahr 2016 zeitlich eingeschränkt vergleichbar und mit Unsicherheiten behaftet ist.

4 Nettovermögen

Aus der Summe der unterschiedlichen Einkommensarten ergeben sich nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben die verfügbaren Einkommen der Haushalte, die bereits zu Beginn betrachtet wurden. Diese sind ein Indikator für die materielle Ausstattung der Haushalte und dienen dazu, die Ausgaben des täglichen Lebens zu bestreiten. Ein anderer Teil davon wird von den allermeisten Haushalten gespart, beispielsweise zur Bildung von Vermögen zur Altersvorsorge oder um unerwartete Ausgaben in der Zukunft decken zu können. Die Summe der Ersparnisse, die im Laufe der Zeit gebildet werden, ergeben das Bruttovermögen. Dieses besteht aber nicht nur aus Geldwerten, sondern auch aus Immobilien, Pkws, Schmuck, Aktien, Lebensversicherungen oder anderen Vermögensgegenständen. Zieht man davon die Kredite und andere Verbindlichkeiten ab, ergibt sich das Nettovermögen eines Haushalts.

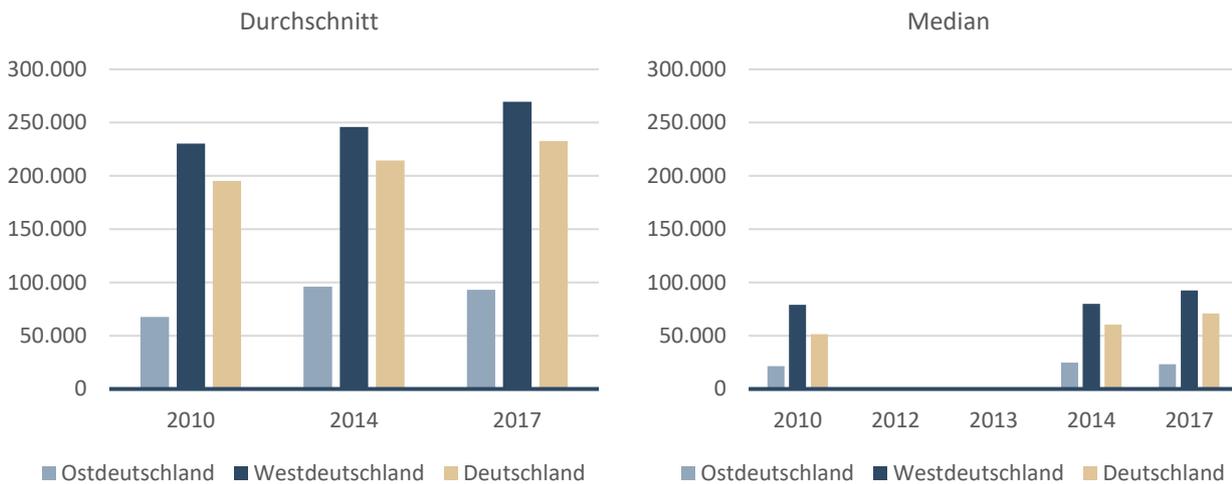
4.1 Entwicklung des Durchschnitts und Medians

Im Jahr 2010 lag das durchschnittliche nominale Nettovermögen der deutschen Haushalte laut Deutscher Bundesbank bei durchschnittlich 195.000 Euro (Abbildung 4-1). Sieben Jahre später bei rund 233.000 Euro (Deutsche Bundesbank, 2019). Da die Nettovermögen stärker konzentriert sind als die Einkommen, fallen die Unterschiede zwischen dem Durchschnitt und dem Median an dieser Stelle größer aus. So belief sich das mittlere nominale Nettovermögen im Jahr 2010 auf rund 51.000 Euro und stieg bis zum Jahr 2017 auf rund 71.000 Euro an. In beiden Fällen ist ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Allerdings zeigt sich, dass dem kontinuierlichen Vermögenszuwachs in Westdeutschland ein unstetiger Anstieg in Ostdeutschland gegenübersteht. Während die durchschnittlichen und mittleren Nettovermögen in Westdeutschland auch zwischen 2014 und 2017 weiter zunahmen, verringerten sich die Vermögenswerte in Ostdeutschland in der gleichen Zeit, wenngleich sie noch über dem Niveau von 2010 liegen. Ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung dürfte in der geringeren Wohneigentumsquote in den ostdeutschen Ländern zu finden. So lag die Quote im Jahr 2017 in Westdeutschland bei 47 Prozent, wohingegen sie in Ostdeutschland 34 Prozent betrug (Deutsche Bundesbank, 2019). Da insbesondere Immobilienwerte in städtischen Regionen in den vergangenen Jahren größere

nominale Wertzuwächse erfahren haben und die Finanzierungsbedingungen günstiger geworden sind, kann dies zur unterschiedlichen Entwicklung in Ost und West beigetragen haben. Der Osten ist stärker von ländlichen Räumen geprägt als der Westen.

Abbildung 4-1: Entwicklung der Nettovermögen nach Region

In Euro des jeweiligen Jahres



Quellen: Deutsche Bundesbank, 2019; eigene Darstellung

4.2 Entwicklung der Ungleichheit der Nettovermögen

Trotz dieser regional differenzierten Entwicklung ist die Nettovermögensungleichheit laut den Studien zur wirtschaftlichen Lage privater Haushalte der Bundesbank (Private Haushalte und ihre Finanzen, PHF) seit dem Jahr 2010 weitgehend konstant geblieben und eher gesunken als gestiegen (Abbildung 4-2). Der Anteil der vermögendsten 10 Prozent am gesamten Nettovermögen ist von 59 Prozent im Jahr 2010 auf 55 Prozent im Jahr 2017 leicht gesunken. Verwendet man die Vermögensdaten des SOEP, die seit dem Jahr 2002 in einem Abstand von fünf Jahren erhoben werden, dann liegt die Nettovermögensungleichheit im Jahr 2017 auf dem Niveau des Jahres 2002. Gegenüber 2007 ist sie sogar statistisch signifikant gesunken (bei einem Signifikanzniveau von 95 Prozent). Von einer unaufhörlich zunehmenden Vermögensungleichheit kann auf Grundlage der verfügbaren Datenbestände keine Rede sein.

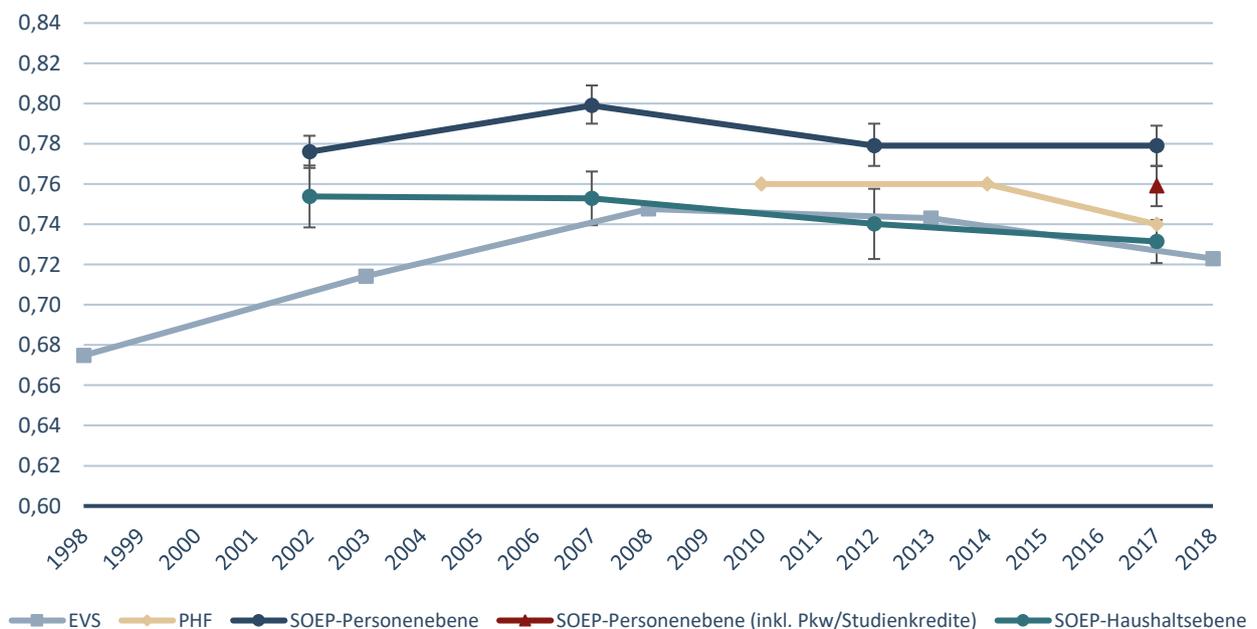
Dabei wohnen allen Haushaltsbefragungen ähnliche Probleme bei der Erfassung der Ränder der Vermögensverteilung und einzelner Vermögenskomponenten inne, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Ungleichheit über- oder unterschätzt wird. So werden einerseits Top-Vermögendere nur unzureichend erfasst, was regelmäßig zu Versuchen der Hinzuschätzung der fehlenden Vermögenswerte aus Reichenlisten führt (Bach et al., 2019; Westermeier/Grabka, 2015). Aber auch Betriebsvermögen werden tendenziell untererfasst, worauf zuletzt die Bundesbank verstärkt hingewiesen hat. Andererseits werden einige Vermögenskomponenten, wie beispielsweise unterschiedliche Formen von Spareinlagen aber auch der Hausrat, nur zu einem Teil erfasst (Beznoska et al., 2017, 61 ff.). Dass die Untererfassung dieser Vermögenskomponenten einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Konzentration der Nettovermögen hat, weil ihre

relative Bedeutung insbesondere für weniger wohlhabende Haushalte groß ist, zeigt die jüngste Integration des Wertes von Pkws und Studienkrediten in das SOEP. Durch die Erweiterung dieser beiden Komponenten im Jahr 2017 sinkt der Gini-Koeffizient von zuvor 0,779 Punkte auf 0,759 Punkte (Grabka/Halbmeier, 2019). Eine Hinzuschätzung der Top-Vermögen führt zu einer ähnlich großen Veränderung des Gini-Koeffizienten mit einem umgekehrten Vorzeichen (Bach et al., 2019).

Eine Betrachtung der Nettovermögensungleichheit über einen noch längeren Zeitraum ermöglicht ausschließlich die EVS. Diese wird ebenfalls nur alle fünf Jahre erhoben. Die Teilnahme daran ist freiwillig und der obere Rand der Einkommens- und Vermögensverteilung wird durch eine obere Abschneidegrenze bei monatlich 18.000 Euro nur ungenügend erfasst. Trotz dieser Unzulänglichkeiten zeigt sich, dass das heutige Niveau der Nettovermögensungleichheit gegenüber den 1990er Jahren höher liegt, aber seit dem Jahr 2008 auch in der EVS tendenziell rückläufig ist und erneut auf einem ähnlichen Niveau wie im Jahr 2003 liegt. Im Vergleich mit Ländern mit ähnlichem Wohlstandsniveau und vergleichbaren wohlfahrtsstaatlichen Institutionen fällt die Nettovermögensverteilung in Deutschland zudem nicht ungewöhnlich hoch aus und ist vergleichbar mit dem Niveau von Staaten wie Schweden, Dänemark, Norwegen oder den Niederlanden. Verlässliche Vergleichsdaten sind jedoch auch in diesem Fall schwierig zu erhalten, sodass all diese Vergleiche mit großer Vorsicht zu betrachten sind (Niehues, 2018; Beznoska et al., 2018).

Abbildung 4-2: Entwicklung der Nettovermögensungleichheit

Gini-Koeffizient; nominale Nettovermögen



Anmerkungen: Im SOEP werden Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten betrachtet (ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5), Hochrechnungsfaktoren mit erster Befragungswelle. In EVS und PHF wird die Nettovermögensverteilung auf Haushaltsebene bestimmt. Tendenziell fällt die Ungleichheit auf der Haushaltsebene geringer aus. Quellen: Grabka/Halbmeier, 2019; eigene Berechnungen für SOEP-Haushaltsebene; Deutsche Bundesbank, 2019 für PHF; BMAS, 2020 für EVS; eigene Darstellung

5 Schwerpunktthema: Einkommensmobilität im Lebensverlauf

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, wie sich die durchschnittlichen und mittleren Einkommen und Vermögen zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Höhe nach voneinander unterscheiden, und welche Veränderungen sich daraus über die Zeit ergeben haben. Damit konnte bislang jedoch nicht die Frage beantwortet werden, inwieweit sich einzelne Personen über die Jahre finanziell besser oder schlechter gestellt haben. Dieser Frage wird abschließend mithilfe der sogenannten relativen intragenerationalen Einkommensmobilität nachgegangen. Relativ deshalb, weil es nicht um absolute Einkommenszuwächse geht, sondern vielmehr um die Frage, ob sich Personen im Vergleich zu anderen stärker verbessern konnten oder auch nicht.

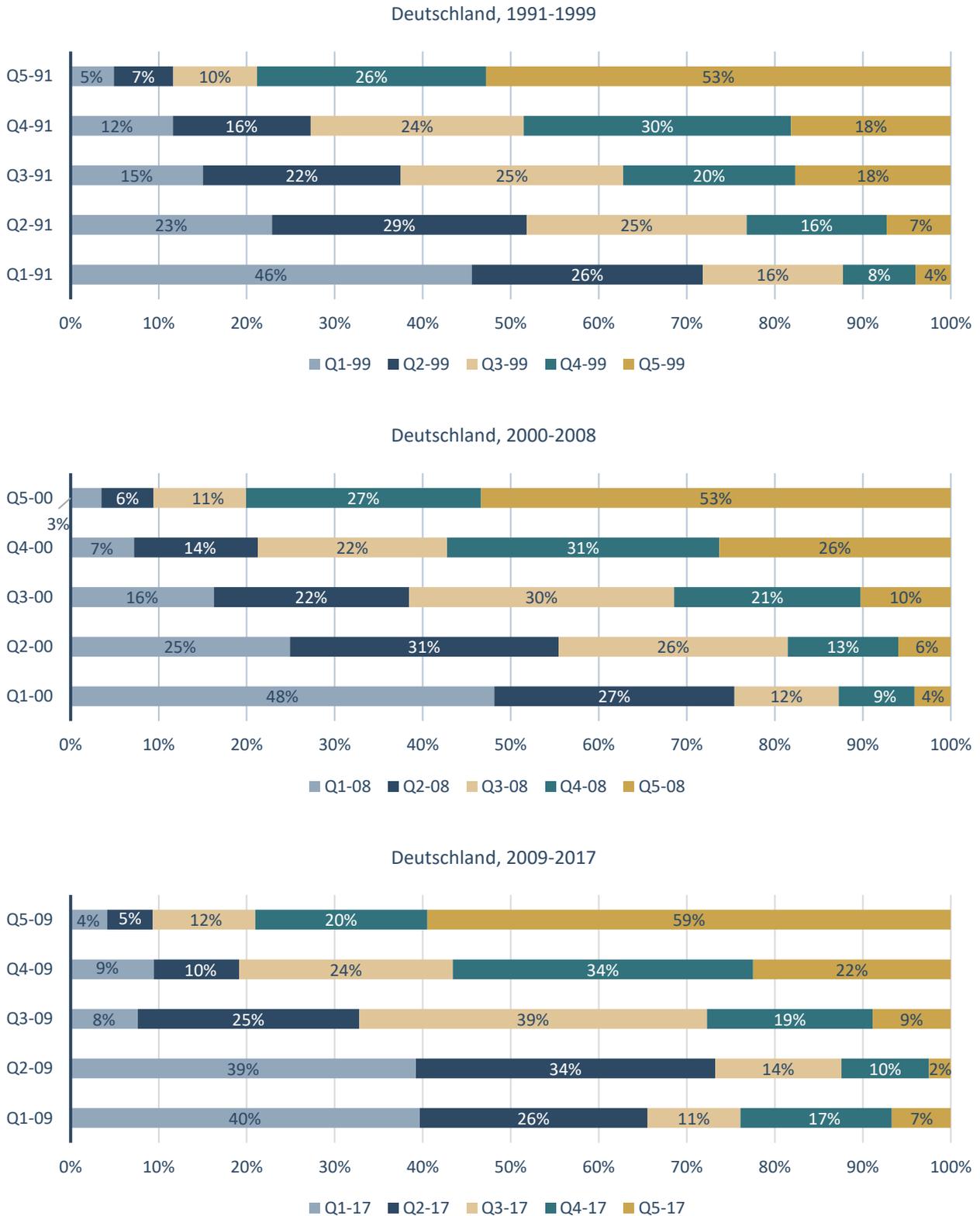
Dieses relative Maß ist somit ein Indikator für die materiellen Aufstiegschancen beziehungsweise die gesellschaftliche Durchlässigkeit. Es misst gleichzeitig nicht, in welchem Ausmaß das allgemeine Wohlstandsniveau gewachsen ist. Letzteres lässt sich mithilfe der absoluten Einkommensmobilität messen und wurde zuletzt unter anderem in Stockhausen (2017) für westdeutsche Väter und Söhne untersucht. Mit dem Ergebnis, dass rund zwei Drittel der Söhne höhere Lebensarbeitseinkommen erzielen konnten als ihre Väter – bei Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenshaltungskosten. Das trifft in besonderem Maße auf Söhne mit Vätern aus den unteren Einkommensbereichen zu. Ostdeutsche Vater-Sohn-Paare und Frauen konnten aufgrund ihrer erwerbsbiografischen Brüche in Folge der Wiedervereinigung respektive der deutlichen Veränderungen des Erwerbsverhaltens und -umfangs nicht näher untersucht werden.

Die Ergebnisse in Abbildung 5-1 zeigen für Deutschland, dass die intragenerationale Einkommensmobilität im unteren Bereich der Einkommensverteilung über die Zeit tendenziell gestiegen ist, während sie in allen anderen Einkommensgruppen tendenziell abgenommen hat. So verharrten zwischen den Jahren 1991 und 1999 rund 46 Prozent der betrachteten Personen in der untersten Einkommensgruppe, während der gleiche Anteil zwischen den Jahren 2000 bis 2008 mit rund 48 Prozent etwas geringer ausfiel. Eine ähnliche Entwicklung findet sich in Spanagel (2016). In der dritten Periode, die die Jahre von 2009 bis 2017 umfasst, geht der Wert sodann auf 40 Prozent zurück, was heißt, die Mobilität ist zuletzt gestiegen und rund 60 Prozent der Personen aus der untersten Einkommensgruppe haben innerhalb von neun Jahren den finanziellen Aufstieg in eine höhere Gruppe geschafft. Dahinter steht die implizite Annahme, dass der finanzielle Aufstieg grundsätzlich von allen Personen angestrebt und gewünscht wird.

Dieser positiven Entwicklung am unteren Rand steht jedoch eine höhere Persistenz in den mittleren und oberen Einkommensbereichen gegenüber. So ist die Verbleiberate in der obersten Einkommensgruppe, das heißt für die obersten 20 Prozent der Einkommensbezieher von 53 Prozent in der ersten Periode auf 59 Prozent in der dritten Periode gestiegen. Für die mittlere Einkommensgruppe (Q3) stieg im selben Zeitraum die Verbleiberate von rund 25 Prozent auf 39 Prozent. Darüber hinaus geht aus den Ergebnissen hervor, dass Mobilität in größerem Umfang zwischen aneinander angrenzenden Einkommensgruppen stattfindet. Zur Einordnung der Ergebnisse sei darauf hingewiesen, dass perfekte Mobilität dann vorherrscht, wenn in allen Feldern der Transititionsmatrix ein Wert von 20 Prozent beobachtet werden würde. Keine Mobilität würde bestehen, wenn 100 Prozent der Personen in ihrer ursprünglichen Einkommensgruppe verharrten.

Abbildung 5-1: Einkommensmobilität im Lebensverlauf

Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala



Anmerkung: Gerundete Prozentangaben, die sich zeilenweise zu 100 Prozent aufsummieren.

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

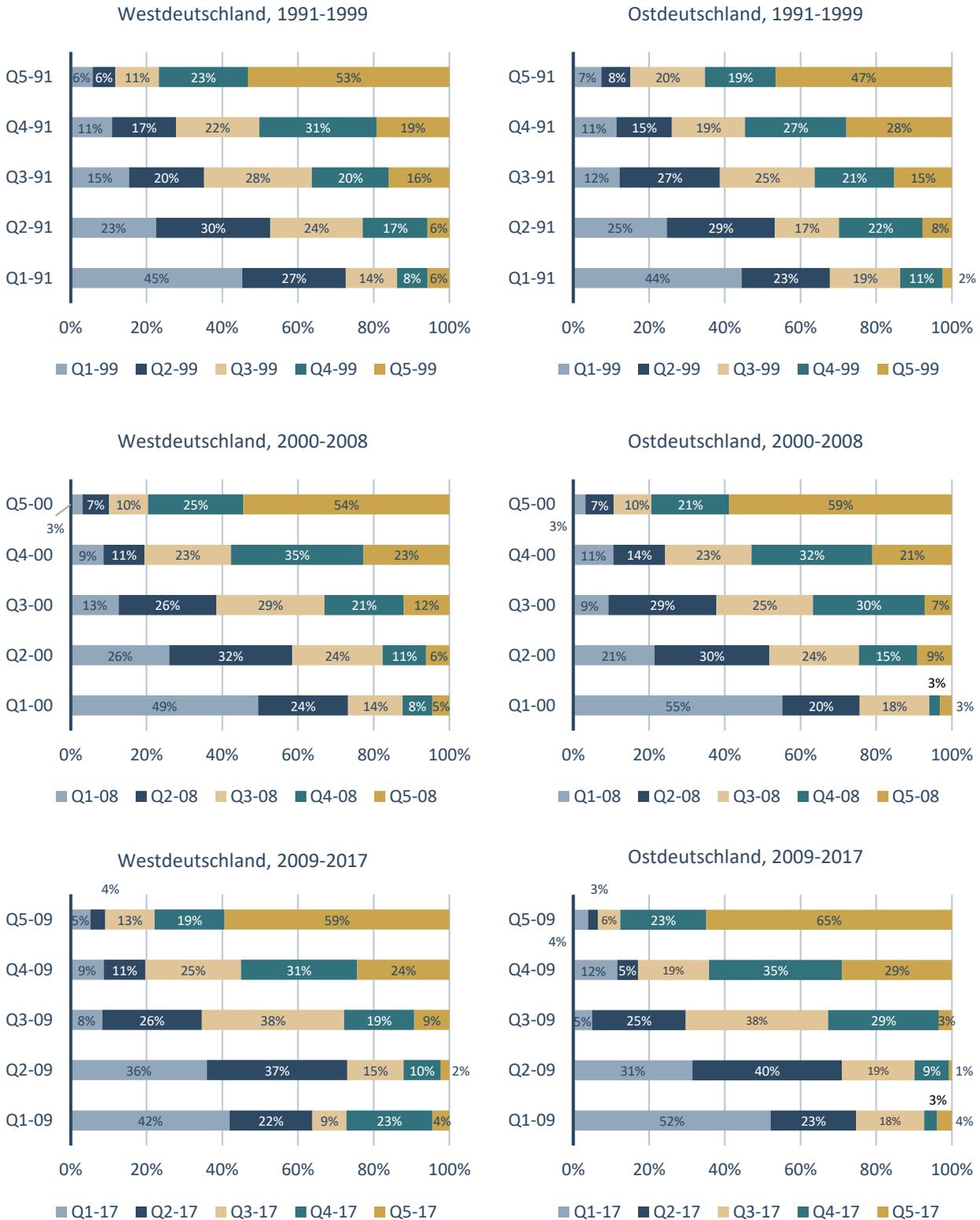
Eine regional differenzierte Betrachtung für Ost- und Westdeutschland zeigt teilweise ausgeprägte Unterschiede im Umfang und der Entwicklung der intragenerationalen Einkommensmobilität (Abbildung 5-2). So war nach der Wende die Einkommensmobilität im Osten noch grundsätzlich höher als im Westen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Regionen ist außerdem, dass die gestiegene Einkommensmobilität der unteren 20 Prozent ausschließlich ein westdeutsches Phänomen ist. War die relative Einkommensmobilität im ersten Einkommensquintil in Ost- und Westdeutschland in der ersten Periode mit respektive 45 und 44 Prozent noch nahezu gleich hoch, ist sie im Osten in der dritten Periode geringer, das heißt die Verbleiberate mit 52 Prozent höher, während die Mobilität im Westen gestiegen und die Verbleiberate auf 24 Prozent gesunken ist. Dabei sticht die erhöhte Mobilität im untersten Einkommensquintil in der dritten Periode in Westdeutschland besonders hervor, die jedoch mit einer Verringerung der Mobilität im zweiten Einkommensquintil einhergeht. Während in der dritten Periode folglich rund 58 Prozent der Personen aus der untersten Einkommensgruppe im Westen in eine höhere Einkommensgruppen aufsteigen konnten, waren es im Osten lediglich 48 Prozent.

Des Weiteren ist zu beobachten, dass die Einkommensmobilität in Ost und West gleichermaßen am oberen Rand gestiegen ist und heute im Osten höher liegt als im Westen. So verharrten im Osten zwischen den Jahren 1991 und 1999 rund 47 Prozent in der obersten Einkommensgruppe, während es rund 53 Prozent im Westen waren. Zwischen den Jahren 2009 und 2017 stiegen hingegen 65 Prozent aus der obersten Einkommensgruppe im Osten nicht ab, während es im Westen rund 59 Prozent waren. Allerdings war zuletzt der Anteil der Personen aus der 4. höchsten Einkommensgruppe (Q4) im Osten mit 29 Prozent etwas höher als im Westen mit rund 24 Prozent, denen der Aufstieg in die höchste Einkommensgruppe gelang.

Die Bewertung einer tendenziell abnehmenden relativen Einkommensmobilität fällt am Ende schwer, da sie einerseits Ausdruck einer gesunkenen materiellen Durchlässigkeit sein kann, aber andererseits auch als Stabilisierung ökonomischer Lebensverhältnisse betrachtet werden kann. Für die Entwicklung in der Mitte, die in Ost- und Westdeutschland in der ersten sowie zweiten Periode einen verhältnismäßig hohen Mobilitätsgrad aufweist und in der dritten Periode geringer ausfällt, ist die zweite Interpretationsmöglichkeit wahrscheinlich die zutreffendere und kann unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen Ziels einer stabilen Mittelschicht wünschenswert sein. Ebenfalls ist eine höhere Einkommensmobilität im Zuge der Neuordnung der Einkommensverhältnisse im Osten der Republik in der Zeit nach der Wiedervereinigung nicht überraschend und kann auch mit ökonomischer Unsicherheit einhergegangen sein, die von den Einzelnen nicht immer positiv betrachtet worden sein muss.

Abbildung 5-2: Einkommensmobilität im Lebensverlauf nach Region

Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen; bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala



Anmerkung: Gerundete Prozentangaben, die sich zeilenweise zu 100 Prozent aufsummieren.

Quellen: SOEP v35; eigene Berechnungen

Tabelle 5-1: Methodenbox – Messung intragenerationaler Einkommensmobilität

Die relative Einkommensmobilität im Lebensverlauf wird anhand der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen von Personen im erwerbfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren untersucht, wie es in internationalen Vergleichsstudien üblich ist (OECD, 2018). Mit der Implikation, dass damit auch die Transfereinkommen als Maßstab der intragenerationalen Einkommensmobilität herangezogen werden, spricht der gemessene Effekt auch auf einer veränderten Umverteilungsintensität des Wohlfahrtsstaates beruhen kann.

Die Analyse beschränkt sich zudem auf die Jahre seit 1991, um sowohl ostdeutsche wie westdeutsche Männer und Frauen berücksichtigen zu können. Datengrundlage ist das SOEP. Es werden im Speziellen drei unterschiedliche Zeiträume betrachtet, die eine gleiche Länge aufweisen: Die Ausgangsperiode bilden die Jahre von 1991 bis 1999, die zweite Periode umfasst die Jahre zwischen 2000 und 2008 und die dritte Vergleichsperiode bilden die Jahre von 2009 bis 2017. Die gewählte Länge der Zeiträume ist für die Ergebnisse nicht irrelevant. So haben frühere Analysen zeigen können, dass die intragenerationale Einkommensmobilität über längere Zeiträume in der Tendenz höher ausfällt (Schröder et al., 2019). Dies ist angesichts von Lebenszykluseffekten, die beispielsweise berufliche Aufstiege beinhalten, nicht überraschend. Die jeweiligen ökonomischen Rahmenbedingungen der unterschiedlichen Perioden können die Ergebnisse ebenfalls beeinflussen, so ist beispielsweise an unterschiedliche konjunkturelle Phasen zu denken oder an herausragende gesellschaftliche Ereignisse wie die jüngste Flüchtlingsmigration.

Darüber hinaus werden die betrachteten Personen in fünf gleich große Einkommensgruppen eingeteilt, sogenannte Einkommensquintile, und die Wanderung zwischen diesen Quintilen untersucht. Die Eingruppierung erfolgt im entsprechenden Querschnittsjahr für das balancierte Panel. Balancierte Panels haben den Nachteil, dass sie Änderungen der Bevölkerungsstrukturen nicht erfassen, was insbesondere in der dritten Periode, die durch die Flüchtlingsmigration gekennzeichnet ist, nicht unerheblich ist. Auch die Wahl der Gruppenanzahl ist für Mobilitätsanalysen nicht unerheblich. Umso weniger Gruppen gebildet werden, umso größer muss der reale Einkommenszuwachs einer Person ausfallen, um in die nächst höhere Einkommensgruppe aufzusteigen und anders herum. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass die Fallzahlen in den einzelnen Gruppen bei steigender Gruppenanzahl geringer werden, was bei längeren Untersuchungszeiträumen durch Befragungsausfälle wie Tod, Wegzug oder einer fehlenden Bereitschaft zur Wiederauskunft zunehmend problematisch wird. Ein Problem, das insbesondere für die Betrachtung Ostdeutschlands besteht, da hier grundsätzlich weniger Beobachtungen zur Verfügung stehen. Die hier gewählte Konstellation aus fünf Einkommensgruppen und jeweils drei neunjährigen Untersuchungszeiträumen erlaubt eine differenzierte Betrachtung nach unterschiedlichen Regionen, die ausreichend viele Beobachtungen im Längsschnitt im SOEP gewährleistet.

Durch die Verwendung von Längsschnittgewichten kann dem Problem der Panel-Sterblichkeit teilweise entgegengewirkt werden, da auf diese Weise Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Personen Berücksichtigung finden. Allerdings bleibt eine ungewollte Selektion dadurch bestehen, dass allein die Personen im Datensatz verbleiben, für die im Anfangs- und Endjahr ein Einkommen beobachtet werden kann. Dieser Selektion wirken auch die Längsschnittgewichte im SOEP nicht entgegen, da sie hierfür nicht ausgelegt sind. Daher ist es wahrscheinlich, dass der Grad der Einkommensmobilität an den Rändern, die über eine generell größere Ausfallwahrscheinlichkeit verfügen, stärker verzerrt ist als in der Mitte. In welche Richtung diese Verzerrung wirkt, kann a priori nicht eindeutig festgestellt werden.

Bezogen auf die Mobilität an den Rändern, insbesondere am unteren Rand in Ostdeutschland in späteren Jahren, ist die Abnahme der intragenerationalen Einkommensmobilität kritischer einzuordnen und wohl eher Ausdruck einer gesunkenen Durchlässigkeit, die nicht als gesellschaftlich wünschenswert eingeordnet werden kann, wenngleich sie im Vergleich zu den Jahren 2000 bis 2008 im unteren Rand wieder etwas höher ausfällt. Gleichwohl schließt dieses Ergebnis nicht aus, dass sich auch die Personen in der unteren Einkommensgruppe materiell besser gestellt haben. Sinkende Arbeitslosenzahlen sowie ein seit 2005 gleichmäßiger verteiltes Wachstum der verfügbaren Haushaltseinkommen, welches mit einer Stabilisierung der Verteilung einherging, haben die ökonomischen Verhältnisse für viele Menschen im Osten und Westen des Landes verbessert, wenngleich der Aufholprozess des Ostens gegenüber dem Westen auch rund 30 Jahre nach dem Mauerfall noch immer nicht abgeschlossen ist und zunehmend andere Regionen in den Fokus rücken (Hüther et al., 2019; Fuest/Immel, 2019).

Abstract

How are income and wealth distributed in Germany? There is often no simple answer to this seemingly simple question, sometimes not even a clear one. Various social and structural changes have very different effects on the distribution of income and wealth: an ageing population, a tendency to live alone or an increasing share of the population with migration background along with economic changes amidst a deepening globalization and digitalization.

Moreover, there are data and collection issues as well as statistical uncertainties resulting from the fact that only a part of the population is surveyed. Short-run developments should be treated with caution and not interpreted precipitously, since data must be regularly corrected, or facts reassessed. Long-run trends can be identified with greater certainty. However, breaks in time series in the available data sources also pose difficulties in some cases. Considering these challenges and limitations, we discuss the development of income and wealth in Germany since reunification. In addition, the most recent data from the Socio-Economic Panel (SOEP) are used to examine how relative income mobility in the life course, i.e. the financial opportunities for advancement of individuals from different income groups, have changed since reunification.

Essentially, data show that the current level of inequality in market and disposable household incomes is higher than in the 1990s. However, this is also the case for the average level of prosperity. For instance, average disposable household incomes rose by around 20 percent in real terms between 1991 and 2017. Especially the years since 2013 have been characterized by high real income increases for all income groups. Between the years 2013 and 2017 alone, average and middle incomes rose by approximately 7 and 9 percent in real terms, respectively, but even households in the lower 20 percent were able to record real income increases in this period.

A significant increase in the level of inequality in disposable household incomes can be observed between 1999 and 2005, a period characterized by high unemployment and diminishing opportunities for advancement, especially in eastern Germany. Since 2005, however, inequality in disposable household incomes has fluctuated at a virtually unchanged level of 0.29 Gini points and, according to current data, is not significantly higher in 2017 than in 2009. An interim high is now observable in 2013, although this is not significantly higher than in 2005 either.

The low-income rate (or at-risk-of-poverty rate) has also changed to a similar extent since reunification. Only in the last three years has the trend stabilized at a level of around 16 per cent. However, there are large differences in the low-income rate between Eastern and Western Germany and even larger differences between people with and without migration background. In recent years, the latter have increased rather than decreased in view of refugee migration. However, differences between Eastern and Western Germany decrease when taking price differences into account. Furthermore, unemployment remains by far the greatest low-income risk. When differentiating poverty risks according to age groups, however, there are sometimes considerable differences in the data sets (Niehues/Stockhausen, 2020).

The distribution of net wealth has developed similarly to disposable income: On the basis of the German income and expenditure survey (EVS), a long term increase in the level of inequality can

be seen compared to the 1990s, which has not continued since the mid-2000s at the latest. In recent years, the distribution of net wealth turns out to be remarkably stable across different data sets. The SOEP and the data of the Deutsche Bundesbank show similar trends. In view of the available data, it is not possible to speak of a steadily increasing inequality in the distribution of net wealth at present, despite the uncertainties in estimating it. Estimation uncertainties include particularly the under-recording of assets at the top of the wealth distribution, but also of more widely dispersed assets such as life insurance or household inventory.

A look at income mobility over the life course reveals a mixed picture, with the lower 20 per cent having recently experienced higher levels of income mobility than after reunification. Around 60 per cent of people from the lowest income groups managed to move up into a higher group between 2009 and 2017. Between 1991 and 1999, 54 per cent succeeded in doing so. However, higher mobility of the lower 20 per cent is only evident in Western Germany. Compared with the post-reunification period, mobility for the lowest income group has tended to decline in the third period in Eastern Germany but is still higher than in the period between 2000 and 2008. Persistence at the upper end has also increased. However, a declining relative income mobility is not necessarily to be interpreted negatively. With broadly rising household incomes, as recently observed, the positions of individual households in the income hierarchy do not necessarily change, but their absolute level of prosperity can increase. At the same time, if mobility is viewed relatively, upward mobility of some results in downward mobility of others. Thus, lower mobility can also be an expression of greater stability in income levels, which many will certainly welcome.

All in all, Germany has recently showed a positive picture of economic development, which is reflected both in a largely stable distribution of disposable household income and net wealth. In view of the social challenges of recent years, this can be considered a success. The relatively high low-income ratios in Eastern Germany and of people with a migration background, which have recently stabilized, though at relatively high levels, remain to be viewed critically. One important task of economic and social policy must be to maintain and further expand employment subject to social security contributions when the economy cools down. At the same time, it must be possible to further improve the reconciliation of family and working life, for example by means of more flexible working time models or an even better provision of public and private childcare services. Capacity expansion of childcare services should not be realized at the expense of quality, given the high importance of investments in cognitive and non-cognitive skills of children at an early age, especially when it comes to children from lower-income household. These measures would not only help to further increase equality of opportunities in Germany but would also help to secure the potential of labor force in the future and for the future.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Methodenbox – Haushaltsbefragungsdaten.....	20
Tabelle 5-1: Methodenbox – Messung intragenerationaler Einkommensmobilität.....	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Bevölkerungsstruktur nach Haushaltstyp	6
Abbildung 1-2: Bevölkerungsstruktur nach Alter und Migrationshintergrund	7
Abbildung 2-1: Entwicklung der Markteinkommen der Haushalte nach Regionen	9
Abbildung 2-2: Entwicklung der Markteinkommen der Haushalte nach Dezilen	10
Abbildung 2-3: Entwicklung der Einkommensungleichheit nach Region	12
Abbildung 3-1: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Regionen	13
Abbildung 3-2: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen	15
Abbildung 3-3: Entwicklung der Einkommensungleichheit	16
Abbildung 3-4: Entwicklung der Umverteilung	17
Abbildung 3-5: Entwicklung der Einkommensungleichheit nach Regionen	19
Abbildung 3-6: Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen	22
Abbildung 3-7: Entwicklung der Niedrigeinkommensquote nach Region	23
Abbildung 3-8: Entwicklung der Niedrigeinkommensquote nach Migrationshintergrund	25
Abbildung 4-1: Entwicklung der Nettovermögen nach Region	27
Abbildung 4-2: Entwicklung der Nettovermögensungleichheit	28
Abbildung 5-1: Einkommensmobilität im Lebensverlauf	30
Abbildung 5-2: Einkommensmobilität im Lebensverlauf nach Region	32

Literaturverzeichnis

- Atkinson, Anthony Barnes, 2015, *Inequality. What can be done?*, Cambridge, Massachusetts
- Bach, Stefan / Thiemann, Andreas / Zucco, Aline, 2019, Looking for the missing rich: tracing the top tail of the wealth distribution, in: *International Tax and Public Finance*, 26. Jg., Nr. 6, S. 1234–1258
- Beznoska, Martin, 2020, Die Verteilung von Steuern, Sozialabgaben und Transfereinkommen der privaten Haushalte. Dokumentation zum Online-Tool „Wer den Staat finanziert“, in: *IW-Report*, Nr. 6
- Beznoska, Martin / Hentze, Tobias / Niehues, Judith, 2017, Vermögensverteilung – Vorurteilen auf der Spur. Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw)
- Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2018, Vermögensverteilung im internationalen Vergleich. Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw)
- Brenke, Karl, 2018, Armut: vom Elend eines Begriffs, in: *Wirtschaftsdienst*, 98. Jg., Nr. 4, S. 260–266
- Bundesagentur für Arbeit (BA), 2019, Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), 2020, Lebenslagen in Deutschland. Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Online-Indikatorik, <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/indikatoren.html>
- Cowell, Frank A., 2015, *Measuring inequality*, Oxford
- Deutsche Bundesbank, 2019, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017, in: *Monatsberichte*, S. 13–44
- Fuest, Clemens / Immel, Leo, 2019, Ein zunehmend gespaltenes Land? Regionale Einkommensunterschiede und die Entwicklung des Gefälles zwischen Stadt und Land sowie West- und Ostdeutschland, in: *ifo Schnelldienst*, 72. Jg., Nr. 16, S. 19–28
- Grabka, Markus M. / Goebel, Jan / Liebig, Stefan, 2019, Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen, in: *DIW Wochenbericht*, Nr. 19, S. 343–353
- Grabka, Markus M. / Halbmeier, Christoph, 2019, Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch, in: *DIW Wochenbericht*, Nr. 40, S. 735–745
- Hüther, Michael / Südekum, Jens / Voigtländer, Michael (Hrsg.), 2019, *Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit*
- Krause, Peter, 2019, 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland, in: *DIW Wochenbericht*, Nr. 45, S. 827–838
- Niehues, Judith, 2017, Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut – Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze, in: *IW-Trends*, 44. Jg., Nr. 3, S. 117–135

- Niehues, Judith, 2018, Die Einkommens- und Vermögensungleichheit Deutschlands im internationalen Vergleich, in: IW-Kurzbericht, Nr. 29
- Niehues, Judith, 2019, Subjektive Umverteilungspräferenzen in Deutschland, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 1, S. 79–98
- Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Ungleichheit(en), ein bekanntes Phänomen?, in: ifo Schnelldienst, 73. Jg., Nr. 2, S. 3–6
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), 2018, A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility
- Peichl, Andreas / Pestel, Nico / Schneider, Hilmar, 2012, Does size matter? The impact of changes in household structure on income distribution in Germany, in: Review of Income and Wealth, 58. Jg., Nr. 1, S. 118–141
- Schröder, Christoph / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2019, Teilhabemonitor 2019. Analyse der Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken in Deutschland. Gutachten im Auftrag der INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
- Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), 2020, Daten für die Jahre 1984-2017, Version 35, 10.5684/soep.v35
- Spannagel, Dorothee, 2016, Soziale Mobilität nimmt weiter ab, in: WSI-Report, 10. Jg., Nr. 31, S. 1–19
- Spannagel, Dorothee / Molitor, Katharina, 2019, WSI-Verteilungsbericht 2019: Einkommen immer ungleicher verteilt, in: WSI-Report, Nr. 53
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (SAEBL), 2020, Sozialberichterstattung. Armut und soziale Ausgrenzung; A.3 Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A3gini-koeffizient.html>
- Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wichtige Zusammenhänge im Überblick 2018
- Stockhausen, Maximilian, 2017, Wie der Vater, so der Sohn? Zur intergenerationalen Einkommensmobilität in Deutschland, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 4, S. 55–74
- Westermeier, Christian / Grabka, Markus M., 2015, Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Nr. 7, S. 123–133